



## Menschen Mut machen – Konzernopfern eine Stimme geben



**Festschrift  
des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre**

# Festschrift

## 25 Jahre Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

### Inhaltsverzeichnis

<b>EINLEITUNG</b>	<b>3</b>
Menschen Mut machen – Konzernopfern eine Stimme geben – von Markus Dufner	3
<b>WIE ALLES BEGANN – AUS MEINER SICHT</b>	<b>5</b>
Warum wir Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit in die AG-Hauptversammlungen trugen! – von Helmut Paschla	5
Mehr Umweltschutz! Mehr soziale Gerechtigkeit! – von Paul Russmann	10
Wer hat die Macht? Zu den Möglichkeiten und Grenzen Kritischer Aktionärinnen – von Axel Köhler-Schnura	11
Kritische Aktionäre und die Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF) – von Gregor Böckermann	15
Warum Kritische Aktionäre? – von Dorothea Kerschgens	16
Glückwünsche aus der Schweiz – von Ruedi Jörg-Fromm	17
<b>DENKWÜRDIGE HAUPTVERSAMMLUNGEN</b>	<b>18</b>
Am Ende werden Moral, Ethik und Nachhaltigkeit siegen! Ein persönlicher Blick auf zwei Jahrzehnte des Widerstands gegen Waffenhandel des Daimler-Konzerns – von Jürgen Grässlin	18
Deutsche Bank: Zwei denkwürdige Hauptversammlungen und einige frustrierende – von Barbara Happe	19
Die Fischer hatte keiner auf der Rechnung Der Konflikt um das Stahlwerk TKCSA von ThyssenKrupp in Rio de Janeiro – von Christian Russau	21
<b>PRÄGENDE PERSONEN</b>	<b>25</b>
Henry Mathews – Ein mutiges Herz hört auf zu schlagen Nachruf von Axel Köhler-Schnura (August 2006)	25
Eduard Bernhard – sein Motto: „The fight must go on“ – von Dorothea Kerschgens	26
<b>PERSPEKTIVEN</b>	<b>28</b>
„...für ein kritisches Aktionariat“ – von Antje Schneeweiß	28
„...für mehr Nachhaltigkeit in den Aktiengesellschaften“ – von Volkmar Lübke	29
Herausforderungen an die Zivilgesellschaft – Aufgaben für Kritische Aktionäre – von Bernd Moritz	30

# EINLEITUNG

## Menschen Mut machen – Konzernopfern eine Stimme geben

von Markus Dufner



Wer von Konzernkritik spricht, kommt an Henry Mathews nicht vorbei. Er hat die Konzernkritik geprägt wie wenige andere. Jetzt ist der ehemalige Geschäftsführer bereits seit fünf Jahren tot.

In der taz hieß es, Henry Mathews habe den Dachverband zu einer „von Dividendenzahlungen unabhängigen Stimme gemacht, die sich lautstark in die Vorstandspolitik der großen Konzerne einmischt“.

Nach Henrys Tod überwogen beim Dachverband und der einen oder anderen Mitgliedsorganisation zunächst Zweifel, ob eine Fortsetzung der konzernkritischen Arbeit noch möglich sein würde. Axel Köhler-Schnura, Gründungsmitglied und Weggefährte von Henry Mathews, machte aus seiner Skepsis keinen Hehl: „Ich mache mir große Sorgen um den Dachverband.“

Wie betreibt der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre Konzernkritik ohne Henry Mathews? Werden es andere Personen mit der Konzernkritik so hinkriegen wie Henry? Ist bei seinen Nachfolgern genügend Fachkenntnis vorhanden? Sind sie so engagiert wie Henry? Haben sie die „richtige“ politische Einstellung?

Henrys Fußstapfen sind groß, seine Qualitäten waren außergewöhnlich. So wie Henry werden es andere nicht mehr hinbekommen. Wie also kann der Dachverband der Kritischen Aktionäre weiter Konzernkritik betreiben?

Es gibt viel Fachkenntnis und Engagement bei Organisationen und einzelnen Personen. Der Dachverband hat 30 Mitgliedsorganisationen und lebt letztlich von und mit ihnen. 2008 ist eine neue hinzugekommen: das Whistleblower-Netzwerk. Whistleblowing, also die Meldung von Missständen und Risiken im Unternehmen, wird ein immer wichtigeres Thema. In dieser erst vor zwei Jahren gegründeten Organisation ist jede Menge Know-how gebündelt, viele der Mitglieder haben es am eigenen Leib erfahren, dass Kritiker in ihren Unternehmen stigmatisiert, diskriminiert und sanktioniert werden.

Bewährte Mitgliedsorganisationen tun weiter ihre Arbeit mit ungebrochenem Engagement und erstaunlicher Kreativität. Die Coordination gegen

BAYER-Gefahren (CBG) und ihr Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhalten 2011 in Würdigung ihrer Verdienste den vor vier Jahren vom Dachverband gestifteten Henry Mathews Preis.

Sehr erfolgreich arbeitet die Ende der 90er Jahre beim Dachverband Mitglied gewordene Menschenrechts- und Umweltorganisation Urgewald. Sie heizt den Energiekonzernen und Banken kräftig ein – nicht nur punktuell bei den Hauptversammlungen sondern mit langfristigen Kampagnen. Urgewald hat mehrere deutsche Banken davon abgebracht, das bulgarische Atomkraftwerk Belene, das in einem Erdbebengebiet gebaut werden sollte, zu finanzieren. Urgewald hat keine Mühe gescheut, den Aufsichtsrat von RWE über Belene zu informieren, weil sich der Vorstandsvorsitzende Großmann am Bau des Atommeilers beteiligen wollte.

Ebenfalls seit vielen Jahren dabei sind die Kritischen Aktionäre Daimler. Jürgen Grässlin, Paul Russmann, Alexander Dauensteiner, Beate Winkler-Pedernera und Holger Rothbauer bringen die Daimler-Vorstände immer wieder in Bedrängnis. Das Thema Graumarktgeschäfte ist gerichtsnotorisch; gegen die Beteiligung am Rüstungskonzern EADS wird mit Aktionen wie „Wir kaufen keinen Mercedes“ zu Felde gezogen; hätte Daimler vor Jahren auf „Das Ein-Liter-Auto“ reagiert, stünde es um den Konzern heute besser.

Konzernkritik ist ein vielschichtiges Metier, das nicht als Feierabend-Hobby betrieben werden kann. Der Dachverband hat es mit fast allen DAX- sowie einigen M-DAX- und Tec-DAX-Unternehmen zu tun. Pro Jahr besuchen wir fast 30 Hauptversammlungen. Für uns sind aber nicht nur die Shareholder – also die Aktionäre – von Interesse, sondern auch die Stakeholder: die Beschäftigten, Betriebsräte, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Gemeinden und Anwohner der Betriebsstätten. Kontakte gibt es auch zu Forschungsinstituten, Beratungsgesellschaften, Rating-Agenturen und anderen Aktionärsvereinigungen. Das bedeutet, dass die konzernkritische Arbeit auf den unterschiedlichsten Aktionsfeldern stattfindet.

Immer wieder stellt sich die Frage nach den richtigen Koalitionen. Gibt es Organisationen, mit

denen man nicht kooperieren darf? Gibt es politische Parteien, mit denen man sich auf keinen Fall einlassen sollte? Darüber darf diskutiert werden. Ich neige dabei zu einer pragmatischen Herangehensweise.

Der Dachverband arbeitet außer mit den Mitgliedsorganisationen auch mit verschiedenen Kooperationspartnern zusammen. Bei der Kampagne im Jahr 2007 „Mehr Transparenz in den Lobbyismus der DAX-Unternehmen“ war das LobbyControl, bei der darauf folgenden Kampagne „Vorfahrt für Klimaschutz!“ der BUND. Den Appell an die Olympia-Sponsoren VW und Adidas unterschrieben die Kritischen Aktionäre zusammen mit Reporter ohne Grenzen, Human Rights Watch, der International Campaign for Tibet und der Christlichen Initiative Romero.

Wie können die DAX-Konzerne, mit denen sich der Dachverband überwiegend beschäftigt, wirksam kritisiert werden?

Uns Kritischen Aktionären stehen unterschiedliche Strategien, Taktiken und Instrumente zur Verfügung. Wir können rein konfrontativ vorgehen, Kampagnen starten, protestieren und demonstrieren. Wir können informativ vorgehen, versuchen zu überzeugen, Verhandlungen und Gespräche führen. Wir können auch *abwechselnd* oder *parallel* konfrontativ *und* informativ vorgehen.

Welches Ziel verfolgen wir Konzernkritiker? Verfolgen wir dieselben Ziele? Aus der Definition des Ziels folgt die Wahl der Strategie. Die Ziele können sich je nach Konzern unterscheiden, demnach sind auch unterschiedliche Strategien zu wählen.

Welches Ziel verfolgen wir bei welchem Konzern? Auch darüber müssen wir uns immer wieder selber Klarheit verschaffen.

Die Finanzmarktkrise, die 2007 die Welt erschütterte – und jetzt auch die Euro-Krise – beschäftigt natürlich auch uns Konzernkritiker. Sie ist ein Thema nicht nur für Bankenexperten. Natürlich sind viele finanztechnische Fragen zu klären, aber in erster Linie geht es um Verantwortung: Unternehmensverantwortung. Es hat sich wieder ein-

mal gezeigt: Freiwillige Selbstverpflichtungen und wolkige Versprechungen der Konzerne reichen nicht mehr aus. Gefragt sind verbindliche „Spielregeln für Global Players“. So lautete der Slogan unserer Kampagne 2008/2009.

Wir haben gelernt, dass wir die Banken als Mitverursacher der Krise noch intensiver beobachten müssen. Auf Nachfrage der Kritischen Aktionäre räumte die Commerzbank bei der Hauptversammlung 2009 ihr weltweites Engagement in Steueroasen ein. Die Deutsche Bank, Treuhänderin von Schrottimmobilen in den USA, brachten wir nach anfänglicher Weigerung dazu, endlich mit den Leidtragenden der Immobilienspekulation zu sprechen. Die Deutsche Bank zahlt jetzt 2,5 Millionen Dollar in ein Wiederaufbauprogramm für heruntergekommene Stadtviertel in Milwaukee/Wisconsin.

Ein immer wiederkehrendes Motiv unserer Arbeit ist es, Konzernopfern eine Stimme zu geben: Fischern in Brasilien, denen ein Stahlwerk von ThyssenKrupp die wirtschaftliche Existenz raubte; Apartheid-Opfern in Südafrika, die von Daimler eine Entschädigung verlangen; Bürgern in den USA, die wegen der Deutschen Bank ihr Haus verloren. Ihren Protest, der vor Ort von den Unternehmen nicht gehört wurde, haben Kritische Aktionäre in die Hauptversammlungen in Deutschland getragen haben – häufig mit beachtlichem Erfolg. Deshalb können wir Menschen immer wieder Mut machen, sich gegen die anscheinend übermächtige Konzernmacht zu wehren.

In dieser Festschrift können wir „25 Jahre Dachverband der Kritischen Aktionäre“ nicht lückenlos abbilden. Zu viele Akteure waren dabei, zu groß ist die Vielfalt der Themen. Aber die Autorinnen und Autoren zeigen in ihren Beiträgen, welche unterschiedlichen Facetten es bei den Kritischen Aktionären gibt und welches enorme Potenzial in den Konzernkritikern steckt. Wir dürfen gespannt sein auf die nächsten 25 Jahre.

*Markus Dufner ist Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.*

# WIE ALLES BEGANN – AUS MEINER SICHT

## Warum wir Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit in die AG-Hauptversammlungen trugen!

von Helmut Paschla



Aus persönlicher Erinnerung berichte ich, wie es in „grauer Vorzeit“, „damals“, war, frei nach Süverkrüpp: „Der rote Großvater erzählt“. Das kann ich natürlich nur aus meiner, aus unserer (damaligen) Wahrnehmung. Selbstverständlich gibt es andere Wahrnehmungen – insbesondere auf der kritisierten Seite, den Vorständen, den Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften; und den in den Hauptversammlungen anwesenden, das Büffet plündernden (Klein-) Aktionären, die von Kritik nichts, von Gewinnausschüttung pro Aktie sehr viel hören wollten. Womit definiert ist, was kritische Aktionäre sind (sprachlich natürlich eine gewollte Provokation).

Der Gründung des „Dachverbandes der Kritischen Aktionäre“ im Februar 1986 – quasi als formaler Akt – ging natürlich die „Erfindung“ der Aktionsform „Kritische Aktionäre“ voraus. Dass man als Aktionär – also als „Geldmensch“ und nicht als demonstrierender „Gutmensch“ – Politik machen kann, musste ja erst mal erdacht, geprüft, ausprobiert und, ja auch, erlitten werden.

Das begann 1983. Und zwar parallel und unabhängig voneinander durch die Kollegen um Axel Köhler-Schnura bei der Bayer AG und mir und meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern bei der Dresdner Bank AG, heute übernommen durch die (kleinere) Commerzbank AG, „dank“ Milliarden-Beistand durch uns Steuerzahler. Es war schon immer so, dass Gewinne privatisiert werden und die ganz großen Risiken sozialisiert, man sieht es in der derzeitigen „Finanz- und Wirtschaftskrise“ in voller Schönheit wieder.

Zurück: Unsererseits fand die erste Beteiligung eines Kritischen Aktionärs bei der Hauptversammlung der Dresdner Bank AG 1983, und zwar zum Thema „Apartheid-Südafrika“, statt. Erst später, Mitte 1985/Anfang 1986, fanden wir „Kritischen“ uns in kleinem Kreis zusammen und haben den Dachverband gegründet. Das ging relativ schnell, wir wussten, was wir wollten. Da gab es schon bei mehreren anderen Aktiengesellschaften Kritische Aktionäre, namentlich bei der Schering AG, Berlin.

Über drei Punkte will ich Auskunft geben:

- Was war eigentlich 1985/86 los?
- Was hat mich bzw. uns getrieben, Kritische Aktionäre bei der Dresdner Bank zu werden?
- Warum haben wir uns schließlich die Mühe gemacht, den Dachverband zu gründen und aufzubauen?

### Was war eigentlich 1985/1986 los?

Wohlgemerkt, wir sind nicht im Jahre 1968, sondern knapp 20 Jahre später. Einige Schlaglichter zu 1985/86:

- Doris Dörrie hat mit ihrem Film „Männer – der eine kann's, der andere auch“ einen ersten großen Erfolg – „Life is life“ ist glatte sieben Wochen an der Spitze der Hitlisten – „Schwarzwaldklinik“ und „Lindenstraße“ beginnen ihren Siegeszug in die Gehirne deutscher Fernsehzuschauer – das erste private Fernsehen SAT 1 nimmt den Betrieb auf.
- Boris Becker gewinnt als erster Deutscher das Tennisturnier in Wimbledon – 1986 verlieren „wir“ (BRD) die Fußballweltmeisterschaft mit 2:3 gegen Argentinien.
- Wir trinken österreichischen Glykol-Wein – 1986 wird die Challenger zu ihrem 10. Weltraumflug geschossen und explodiert dabei – der „Uluru“ wird den australischen Ureinwohnern, den „Aborigines“, zurück gegeben (bekannter ist der Berg unter dem falschen Namen „Ayer's Rock“) – die Stadt Augsburg wird 2000 Jahre alt – Heinrich Böll stirbt nach langer Krankheit.
- Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU, Gromyko Staatspräsident der Sowjetunion – Ronald Reagan kommt zum Staatsbesuch nach Westdeutschland – in Mexiko Stadt findet die 3. UNO-Frauenkonferenz statt – 1986 ist das UNO-Jahr des Friedens – unter Abu Abbas, dem heutigen Fatah-

Präsident in Palästina, wird das Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ entführt – der Friedensnobelpreis 1985 geht an die „Ärzte gegen Atom“.

- In Südafrika jährt sich 1986 zum zehnten Mal die Erinnerung an die 1000 Toten der Schüler-Aufstände von Soweto, der größten Stadt Afrikas südlich des Äquators, die doch auf keiner Landkarte Apartheid-Südafrikas eingezeichnet ist.
- Bundeskanzler Helmut Kohl legt Kränze nicht nur in Bergen-Belsen, sondern auch in Bitburg nieder, und ehrt damit Angehörige der Waffen-SS – Richard von Weizsäcker erwähnt in seiner Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes als erster deutscher Bundespräsident das Wort „Kapitulation“ – im Saarland wird als erstem Bundesland der sog. „Extremistenbeschluss“ aufgehoben, der Grundlage, Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten – Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt von der RAF werden zu lebenslanger Haft verurteilt (letztere dieser Tage frei gelassen) – der CDU-Parteispenden-Prozess Lambsdorff/Friedrichs/Brauchitsch beginnt – in Hessen entsteht, trotz „Zaunlatten“-Androhung des Ministerpräsidenten Börner, die erste rot-grüne Koalition, Joschka Fischer wird erster grüner Minister.
- In Auckland, Neuseeland, versenkt der französische Geheimdienst das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“, um Frankreichs Atomprogramm geheim zu halten – 1986 explodiert der Atommeiler von Tschernobyl, die deutschen Atomkraftwerke sind „sicher“, sagt die Bundesregierung – die Industrie entscheidet sich für die Wiederaufbereitungsanlage für Atombrennstäbe in Wackersdorf, Bayern erteilt pflichtschuldig die erste Baugenehmigung, die großen Demonstrationen dagegen rollen an und verhindern den Bau – im Ruhrgebiet wird der erste „Smogalarm“ ausgerufen – und das nordfriesische Wattenmeer wird Nationalpark (übrigens das größte seiner Art auf dem Globus).

Kommt einem alles irgendwie bekannt vor. Und welche Parallelen zu heute!

Das war das gesellschaftspolitische Umfeld, als wir daran gingen, die Konzerne in ihren eigenen „heiligen Hallen des Kapitalismus“ zu kritisieren. Das Wort „Globalisierung“ gab es noch nicht.

### **Was hat mich und uns getrieben, Kritische Aktionäre bei der Dresdner Bank AG zu werden?**

Die Ausläufer von „68“ habe ich als Student miterlebt. 1968 war ich 17, 1985 folglich 34 Jahre alt, hatte zwei Studiengänge absolviert und meine erste volle Anstellung (die die Dresdner Bank übrigens zu beenden versuchte). Der „Ernst des Lebens“ hatte mich erreicht, von „Sponti“ keine Spur.

„Marsch durch die Institutionen“ war uns als Theorie durchaus bekannt. Aber wenn wir es tatsächlich gemacht haben: Das war nicht unser Ansatz.

Wir, die späteren „Kritischen Aktionäre der Dresdner Bank AG“, kamen von einer sog. „Ein-Punkt-Bewegung“: Alle waren wir Aktive gegen Apartheid-Südafrika und dessen Unterstützung durch bundesrepublikanische Kräfte. Wir waren – teilweise schon langjährig – in der bundesweiten, lokal basierten Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) oder der Frauenarbeit der evangelischen Frauen „Keine Früchte aus Südafrika“ engagiert und in der Öffentlichkeit durchaus präsent. Ich selber war – nach einer dreimonatigen Praktikums-Reise durch das südliche Afrika mit Stadtplanungserfahrung in Soweto und anderen „townships“ – dann mehr als 10 Jahre Vorstandsmitglied der Anti-Apartheid-Bewegung gewesen; die wütende Anschimpfung von Passanten auf der Straße, ob ich denn schon „unten“ gewesen sei, konnte ich also gelassen mit „Ja“ beantworten („drüben“ übrigens auch).

Wirtschaftsboykott haben wir propagiert, Nicht-Kaufen von Früchten, Wein und anderen Waren aus Südafrika (Militärausrüstungen durch Daimler!), weil dies der Stabilität des rassistischen Systems der Apartheid diene. „Politik aus dem Einkaufskorb“ also. Damals ein völlig neuer Ansatz, auf individueller, auch auf internationaler Ebene machbar und wirkungsvoll (heute leider fast vergessen).

Das hat mich getrieben: Aktionen gegen die Rassentrennung in Südafrika, nunmehr gepaart mit einem ökonomischen Ansatz. Bei einem Kreditinstitut mit glänzender Fassade, einer Bank. Erst wenn es „weh tut“ werden Gesellschaft, Wirtschaft, Politik ihre Unterstützung des weißen Apartheid-Regimes in Südafrika beenden. Also müssen wir der Dresdner Bank „weh tun“.

Ich hatte gerade eine Aktie der Dresdner Bank AG geerbt. Mit „weh tun“ meinten wir beileibe nicht, etwa einer Dresdner Bank durch unsere Aktionen einen ökonomischen Schaden zuzufügen oder das Verhalten des Vorstands unmittelbar beeinflussen zu können. Lächerlich, angesichts der Mehrheitsverhältnisse. So naiv waren wir nicht.

Wieder wollten wir zweierlei: Die gesetzlichen Rechte der sog. „Aktionärsdemokratie“ innerhalb der Versammlungen der Eigentümer – der „Hauptversammlungen“ der Aktionäre – nutzen, um die doch einige tausend anwesenden Aktionäre schriftlich durch Anträge und mündlich durch Reden aufzuklären, was ihre ach so angesehene Bank so alles in Südafrika treibt. Und: Wir wollten via Medien die allgemeine Öffentlichkeit über die dortige Rassentrennung und deren Unterstützung durch deutsche Unternehmen, speziell Banken, informieren. Nutzung von Aktionärsrechten als Mittel zum Zweck also.

Der Öffentlichkeitsaspekt stand folglich stets massiv im Vordergrund. Weshalb auch am so genannten „Bankentag“ – also dem Tag der jährlichen Hauptversammlung der Dresdner Bank AG – bundesweit in vielen Städten und besonders am Ort der Hauptversammlungen Demonstrationen, Straßentheater, Spektakel, Aktionen in Bankfilialen und vor Konsulaten Südafrikas, Medienergebnisse, Pressegespräche etc. stattfanden. Der „Tanz um das goldene Kalb“ stand immer im Mittelpunkt (das gute Pappetier ist zwischenzeitlich leider verloren gegangen). Selbstverständlich bemühten wir uns um „Vernetzung“ – auch wenn es den Begriff damals noch nicht gab – mit Parteien, Dritte-Welt-Gruppen, Kirchengemeinden, Vertretern aus Südafrika; Bankangestellte und Gewerkschaften taten sich mit Boykottmaßnahmen naturgemäß schwer.

Übrigens haben wir stets die gesetzlichen Spielregeln eingehalten, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Sachkonfrontation mit Banken und in der Hauptversammlung der Dresdner. Rabaukentum oder persönliche Auseinandersetzung hätten unseren Zielen geschadet.

Unsere allerersten Schritte waren schlicht dilettantisch. Voll Sendungsbewusstsein haben wir seitenlange Anträge zur Kreditpolitik der Bank geschrieben, die die Aktionäre doch bitte beschließen mögen. Statt Abdruck an alle Aktionäre kam die Rechtsauskunft, Anträge dürften nur zur Tagesordnung gestellt werden – die Kreditpolitik der Bank stand aber nicht auf der Tagesordnung, darf nicht draufstehen. Und die Länge der Begründung dürfe nach Urteil XYZ einhundert Worte nicht überschreiten. Wir haben uns natürlich geärgert, aber etwas gelernt.

Überhaupt erinnere ich mich gut an das erste der später jährlichen „Bankenseminare“: Es ging ja darum, in der Drittwelt- und Südafrika-Arbeit Engagierte – also uns selbst, einige tausend Menschen in Westdeutschland – erst einmal zu informieren und zu überzeugen, warum jetzt nicht nur Orangen aus Südafrika von Übel sein sollten, sondern auch das Konto bei der Dresdner Bank.

Erkenntnis: Niemand hatte ein Konto bei der Dresdner Bank, das man unter Protest hätte kündigen können; die allermeisten Deutschen haben ihre privaten Konten bei den Filialen der Postbank, der Sparkassen und Raiffeisenbanken um die Ecke.

Warum dann dennoch Dresdner Bank und Kritische Aktionäre? Weil man mit einer Aktie dieser AG im Wert von damals rund 150 DM Öffentlichkeit herstellen kann. Das muss von den Engagierten erst einmal verstanden werden.

In Ulm, auf Einladung einer dortigen evangelischen Kirchengemeinde, fand das erste „Bankenseminar“ 1982 statt. Ein langes Wochenende. Mir als Organisator, Referent und Mittdreißiger saßen vielleicht 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ge-

genüber, manche Männer wie ich mit langen Haaren und sonst sog. „Boykott-Frauen“, wie sie sich selber nannten, „uralt“, also vielleicht 50-60 Jahre. U.a. – für mich persönlich sehr beeindruckend – Käte Gollwitzer, sicher über 65, interessiert, neugierig auf Neues, kritisch.

Nun galt es zu klären, was Geld ist – tja, was ist Geld? Da liegt doch irgendwo bei der Bundesbank im Tresor sehr viel Gold zur Deckung unseres Geldumlaufs (oder so ähnlich)...?

Fragen über Fragen: Was sind die fundamentalen Unterschiede zwischen öffentlichen Sparkassen, genossenschaftlichen Volksbanken und privaten Geldhäusern in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft? Welche Rechte besitzt ein Aktionär, wie läuft eine Hauptversammlung ab, wie stelle ich einen Antrag, wie komme ich durch die Sicherheitsschleusen der Hauptversammlung, was tue ich, wenn „die“ mir den Mikro-Saft abdrehen? Wie funktioniert das mit der Unterstützung des Apartheid-Systems durch deutsche Banken, nicht nur technisch, sondern auch volkswirtschaftlich betrachtet? Warum Dresdner, nicht Deutsche, Commerzbank, Bayerische...? Und was ist ein „tomb-stone“? (Falls es jemand nicht wissen sollte: Es handelt sich um eine großformatige Zeitungswerbeanzeige von Bankenkonsortien zur Aufforderung, Stückelungen einer millionenschweren an den Staat oder die Rüstungsindustrie Südafrikas begebenen Anleihe zu bestimmten [Zins-] Konditionen zu zeichnen, zu kaufen also).

Da stand ich nun. Zwar hatte ich Ökonomie studiert, aber Banken-Kauderwelsch war auch für mich „Chinesisch“. Weshalb ich mir zur Vorbereitung – bitte nicht verpetzen – das Buch „Wirtschaftslehre des Kreditwesens“ kaufte, das Lehrbuch für Lehrlinge im Bankengewerbe, das konnte ich verstehen. Mit diesem Rüstzeug, vielen handschriftlichen Overhead-Folien – Powerpoint, was ist das? – und einem gerüttelten Maß an Selbstbewusstsein haben wir dann viele Jahre solche Bankenseminare durchgeführt, ein Stück Volksbildung. Eine Hälfte Theorie, die andere Vorbereitung konkreter Aktionen. Und nächtelang Reden schreiben.

25 Jahre lang, bis heute, haben jetzt Kritische Aktionäre und die Bewegten außerhalb der Hauptversammlung bei der Dresdner Bank AG und später bei Deutscher, Commerz- und anderen Banken Anträge auf Nichtentlastung von Vorständen und Aufsichtsräten gestellt, in Reden auf die Unterstützung der Apartheid und die heutigen wirtschaftlichen und politischen Folgen in Südafrika hingewiesen, Druck gemacht. Wie ich meine, eine sehr beachtliche bürgerschaftliche Leistung.

Oft genug haben uns „Kritischen“ die Knie gewackelt beim Gang zum Podium, um vor 2500 oder 4000 mehr oder minder aggressiven Aktionären über Südafrika zu reden, die Stimme eingeknickt, rüde angemacht vom Aufsichtsratsvorsitzenden,

manchmal auch von Teilnehmern oder Saalordnern vom Rednerpult gezerrt.

Die viele Arbeit, das Engagement einer ganzen Bewegung unterschiedlicher Menschen, die unendlich langen Fakten-Recherchen: Hat sich das alles gelohnt?

Zur Beantwortung dieser Frage will ich drei Ebenen trennen:

*International* – da sind wir absolut sicher – ist das schändliche, weiße Apartheid-Regime durch Auseinandersetzungen und Kampf in Südafrika selbst sowie durch internationalen Druck zum Rückzug gezwungen worden; Wirtschaftsboykott, auch bei Banken, hat einen erheblichen Beitrag geleistet. Wir haben nicht unwesentlich daran mitgewirkt.

Was *Westdeutschland* betrifft, haben wir eine Aktionsform mit erfunden und durchgesetzt, mit der Öffentlichkeit hergestellt werden kann. Dazu ist sehr viel Gehirnschmalz und persönliches Engagement von Vielen erforderlich.

Anfangs hatten wir natürlich erhebliche Bedenken und auch Ängste, im Laufe der Jahre legte es sich, kam Routine auf; aber ein Kribbeln im Bauch bleibt immer. Doch die Resonanz in der veröffentlichten Meinung – Radio, Fernsehen (ARD 20 Uhr-Nachrichten!), Sonderbeitrag in Monitor, schreibende Medien, selbst für uns positive Artikel in der FAZ, daraufhin Anfragen im Bundestag wieder mit Medienecho usw. – hat uns Recht gegeben, wir haben mittels Aktionärsrechten Öffentlichkeit, meist in unserem Sinne, herstellen können und damit auch politischen Druck entfaltet. Diesbezüglich war die Dresdner Bank – trotz großer Presseabteilung – über viele Jahre einmal im Jahr tatsächlich auf der Verliererseite.

Doch wie stark wir den Dresdner-Vorstand nicht nur genervt, sondern faktisch unter Druck gesetzt, international politisch und national medienmäßig regelrecht vorgeführt und getroffen haben, hat sich mir erst durch zwei kleinere Ereignisse erschlossen: Nicht, dass wir bei unseren Anträgen eine geringere Zustimmungquote zum Vorstandsantrag von 99,2 statt 99,8% erzielten, war wichtig. Aber: In einer der Hauptversammlungen wurde ich vom Versammlungsleiter zur Rede gerufen, obwohl ich mich noch gar nicht zu Wort gemeldet hatte; die Bank hat also mit uns gerechnet und versuchte nicht mehr, uns tot zu schweigen, sondern – in ihrem Sinne versteht sich – „einzubauen“. Und etwa im vierten oder fünften Jahr unseres Antragsschreibens als Kritische Aktionäre erhielt ich einen anonymen Telefonanruf von einem Mitarbeiter der Dresdner Bank – und zwar just aus der Zentralabteilung, deren Job es war, unsere Anträge zu bearbeiten, zu recherchieren, schriftlich zu beantworten und für den Vorstandsvorsitzenden für dessen Beantwortungsrede „nieder zu machen“. Dieser Mitarbeiter sagte, er persönlich stehe voll hinter unserem Tun; er habe erhebliche Schwierigkeiten, unsere Anträge

und Aussagen auftragsgemäß zu zerpflücken, weil sie fehlerfrei seien; überdies beschäftige sich der Vorstand ganz heftig mit diesen Anträgen, diskutiere angesichts der öffentlichen Kritik über die Werthaltigkeit des Südafrika-Engagements der Bank und sei ganz erheblich um ihr Image besorgt. Er wolle uns bestätigen. Wir seien völlig auf dem richtigen Weg. Das hat uns natürlich bestärkt.

Nochmals zum Begriff „Eine-Punkt-Bewegung“: Natürlich hätten wir auch über andere Themen streiten, jedes Jahr eine andere Bank in den Fokus stellen können, gewerkschaftliche Themen, das Ringen der Dresdner um Platz 2 in Deutschland versus Aufkauf durch die Allianz AG, das forsche Einführen des „electronic banking“ – damals ein Modethema des Vorstands, heute holt sich jedermann sein Bargeld vom Geldautomaten –, die geringe Frauenquote in gehobenen Positionen, die unterschiedlichen Gehälter bei gleicher Qualifikation, die umstrittenen Kredite für Rüstungsgüter in aller Welt, Umwelt schädigende Projekte wie Staudämme im Regenwald, die Korrelation von (fallenden) Aktienkursen der Bank und unseren öffentlichen Vorhaltungen. Doch wir haben uns ganz bewusst auf „Apartheid-Südafrika“, dessen Finanzierung durch die Dresdner-Bank und den seitherigen politischen und wirtschaftlichen Folgen konzentriert. (Einmal jedoch habe ich eine Ausnahme gemacht und eine Parallele gezogen zwischen der Rolle der Dresdner Bank im nationalsozialistischen Reich – namentlich ihr ganz erheblicher Beitrag zur „Entjudifizierung der deutschen Wirtschaft“ – und ihrer Rolle im Rassenstaat Südafrika. Das hat uns bezeichnender Weise die wütenden Proteste der Zuhörer eingebracht, ich musste von Saalordnern geschützt werden).

Ich denke, dass die bewusste Konzentration auf ein Thema ein wichtiger Grund für unsere Durchschlagskraft in der Öffentlichkeit war.

Bleibt schließlich die *persönlich-menschliche Seite*: Wir alle sind an der Aufgabe erheblich gewachsen, so auch ich. Viel gelernt haben wir – ob Jugendlicher oder 65-Jährige – über den realen Kapitalismus in der BRD und die Machtverhältnisse in Westdeutschland und im internationalen Geschäft: Was nützen Ächtungs- und rechtsverbindliche Wirtschaftsboykott-Beschlüsse der Vereinten Nationen zum Unrechtsstaat Südafrika, wenn sich eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt nicht daran hält?! Wir haben unsere „Globalisierung“ schon vor 25 Jahren gelernt; Attac wurde ja erst viel später gegründet, das Wort selbst war noch unbekannt.

Einerseits: Heute zahlt die frei gewählte Regierung Südafrikas noch immer die Kredite und Anleihen zurück, die der rassistischen Apartheid-Regierung vor 25 Jahren gewährt wurden; täte sie es nicht, bekäme sie schlagartig auf dem internationalen Finanzmarkt keinerlei Finanzmittel mehr. Das schmerzt persönlich, weil es den Aufbau ei-

ner neuen Gesellschaft erschwert. Andererseits: Gegen internationale Konzerne, darunter die Daimler-Benz AG, ist seit 2003 in den USA eine völkerrechtlich begründete Klage eingereicht, mittels Kapital und Rüstungsgütern das damalige rassistische und völkerrechtswidrige Apartheid-System mitfinanziert, gestärkt, aufgerüstet und aufrecht erhalten zu haben. Es geht um Milliarden US-Dollar an Entschädigungszahlungen für Apartheid-Opfer. Die Klage ist kürzlich angenommen worden. Unsere damaligen Recherchen und Veröffentlichungen z.B. der Anti-Apartheid-Bewegung sind in diese Völkerrechts-Klage eingeflossen.

Ich kann nicht anders als zu sagen: Das befriedigt. Es tut sich was im internationalen Recht gegen Menschenrechtsverletzer!

**Bleibt die Frage: Warum haben wir uns schließlich die Mühe gemacht, vor 25 Jahren den „Dachverband Kritischer Aktionäre e.V.“ zu gründen und aufzubauen?**

Diese Frage ist fast beantwortet. Die Kritischen Aktionäre waren eine neue Form gesellschaftlicher Auseinandersetzung – nach „68“, sagen wir ab 1980, kam ja außer der RAF-Hysterie und der Friedens- und Umweltbewegung wenig nach. Eine Aktionsform mitten im Herz des Klassenfeindes sozusagen – was wir öffentlich nie gesagt und die meisten von uns so auch nicht empfunden haben. Wir „Kritischen Aktionäre bei der Dresdner Bank AG“ wollten Mitaktionäre und Öffentlichkeit überzeugen.

Wir Handelnden waren damals – obwohl noch wenig Erfahrung vorlag – davon überzeugt, dass die Aktionsform „Kritische Aktionäre“ erfolgreich sein wird, sein muss. Wie lautet das Motto des Dachverbands der Kritischen Aktionäre im 25. Jahr seines Bestehens? „Menschen Mut machen – Konzernopfern eine Stimme geben“. Eben.

Da lag es nahe, dass die verschiedenen Akteure sich zusammensetzten. Das war 1985/1986. Ziel war zunächst, Informationen z.B. zum Aktienrecht, Vorgehensweisen in und außerhalb einer Hauptversammlung, gegenüber den Medien usw. auszutauschen sowie – ganz schlicht – den erheblichen Aufwand zu minimieren, die Formalia bezüglich der Aktionäre zu erfüllen (Eintrittskarten etc.) und deren Stimmrechte auf die „Kritischen“ zu übertragen.

Typisch deutsch: Satzung schreiben, Verein gründen, Vorstand und Rechnungsprüfer wählen, Gemeinnützigkeit beantragen; aber wir hatten keinerlei „Kohle“.

Dann ging es darum, die Themenbereiche zu erweitern. Jede Gruppe der Kritischen Aktionäre der jeweiligen AG hatte ihre Schwerpunkte; zusammen sollten und konnten wir größeren Druck entfalten, zeigen, dass wir echte Aktionärsdemokratie anmahnen, einen vielstimmigen Chor nach der Tonleiter darstellen, dass es in deutschen Großunternehmen an ethischen Maßstäben und Codes of Conduct – den Grundsätzen nachhaltiger Verantwortung gegenüber derzeitigen und künftigen Generationen auf dem Globus, ökologisch, ökonomisch, sozial – mangelt. Gemeinsam wollten wir die Idee der „Nachhaltigkeit“ in die Hauptversammlungen der großen Aktiengesellschaften Deutschlands tragen – auch wenn es diesen Begriff damals zwar aus der sog. Brundtland-Kommission der Vereinten Nationen über Entwicklung seit 1983 schon gab, aber auch uns zunächst unbekannt war.

Das ist gelungen: Die Aktionsform „Kritische Aktionäre“ ist „Alltagsgeschäft“, der Dachverband erfüllt seine Aufgabe vorteilhaft, die „Kritischen“ sind im politisch-wirtschaftlichen Geschäft vorhanden und werden wahrgenommen. Heutige Kritische Aktionäre haben deutlich weniger mit den „Stänkerern“, „Aussätzigen“ und „Geht-doch-nach-drüben-Leuten“ zu tun, die wir anfangs waren; sie werden von den AG-Verantwortlichen – notgedrungen – ernst genommen. Die Öffentlichkeit rechnet mit und auf uns, den „Kritischen“, im alltäglichen Wirtschaftsgeschäft. Heute reden gar Minister davon, Unternehmen dürften „nicht nur nach Renditegesichtspunkten geführt“ werden. „Heuschrecken“ (Müntefering), „Globalisierung nicht den AEG-Beschäftigten auf die Füße legen“ (Stoiber), „die Finanzkrise darf nicht von den Steuerzahlern bezahlt werden“ (Schäuble) bis „an der Griechenland-Hilfe müssen sich die privaten Banken massiv beteiligen“ (Merkel) – haben wir alles gehört. Doch das ist die Lage in Deutschland: Niemand glaubt ihnen mehr.

Gar nichts ist gut. Aber die „Kritischen Aktionäre“ werden den Finger in die Wunde legen und darin auch noch herumbohren, immer wieder, immer laut, mitten im Getümmel. Deshalb haben wir vor 25 Jahren den „Dachverband Kritische Aktionäre“ gegründet.

*Helmut Paschlau ist Gründungsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionäre.*

# Mehr Umweltschutz! Mehr soziale Gerechtigkeit!

von Paul Russmann



Seit mehr als 25 Jahren streiten die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre in den Hauptversammlungen deutscher Konzerne für mehr Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit.

Sie wollen Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten, umweltfreundliche Produkte und Klimaschutz fördern, die Sozialbindung des Eigentums durchsetzen. Sie kämpfen gegen das Diktat des „Shareholder Value“, gegen Rüstungsproduktion, gegen Atomenergie und gegen umweltschädliche Geschäfte.

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre organisiert die gemeinsamen Kampagnen seiner Mitgliedsorganisationen. Außerdem ist er die zentrale Anlaufstelle für Tausende Kleinaktionärinnen und Kleinaktionäre, die ihm die Stimmrechte ihrer Aktien übertragen um auf diesem Weg ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrzunehmen.

## Welche Ziele verfolgen die Kritischen Aktionäre?

Den Kritischen Aktionären geht es – im Gegensatz zu vielen anderen Aktionärsvereinigungen – nicht um die Höhe der Dividende oder um die Befriedung materieller Einzelinteressen. Vielmehr treten sie für eine Unternehmenspolitik ein, die sich am Allgemeinwohl orientiert und sich für Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz einsetzt.

Die „Kritischen“ fordern den Ausstieg von Siemens und den Stromkonzernen aus allen Atomgeschäften, in den Aktionärshauptversammlungen von BASF und Bayer streiten sie gegen giftige Pestizide, gegen riskante Experimente mit der Gentechnik und gegen gefährliche Arzneimittelexporte. Den Vorständen der Daimler AG und Rheinmetall verweigern sie wegen fortgesetzter Rüstungsproduktion die Entlastung. Von Deutscher Bank und der Commerzbank forderten sie die Schuldenstreichungen für die ärmsten Länder des Südens. Auf den Hauptversammlungen der Deutschen Post AG und der Deutschen Telekom AG kritisierten sie Arbeitsplatzvernichtung und Lohndumping. Und quer durch alle Branchen kämpfen die „Kritischen“ um bessere Beschäftigungschancen für Frauen und Behinderte.

## Wie arbeiten die Kritischen Aktionäre?

Unabhängig, ob eine Aktionärin eine einzelne Aktie oder 20 Prozent der Aktien eines Unternehmens besitzt – jeder hat nach dem deutschen Aktiengesetz das gleiche Frage- und Auskunftsrecht in der Hauptversammlung und kann zur Hauptversammlung Anträge zum Beispiel auf Nichtentlastung von Aufsichtsrat und Vorstand stellen und diese mit einer thematischen Begründung versehen. Diese so genannten Gegenanträge mussten bis vor einigen Jahren schriftlich an alle AktionärInnen des jeweiligen Unternehmens auf Kosten des Unternehmens verschickt werden. Mittlerweile müssen sie nur noch auf der Homepage des Unternehmens veröffentlicht werden. Bei einigen Hauptversammlungen konnte der Dachverband in der Vergangenheit sogar eigene Tagesordnungspunkte einbringen, weil ihm von einer Erbengemeinschaft die Stimmrechte aus einem umfangreichen Aktienbesitz übertragen wurden. In anderen Hauptversammlungen stellten die Kritischen AktionärInnen eigene Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Aufsichtsrat auf. Vor vielen Hauptversammlungen fanden auch immer wieder Aktionen des Dachverbands statt – unterstützt von Organisationen aus dem NGO-Bereich, die zu den Problemen arbeiten, die die Kritischen in den Hauptversammlungen thematisieren.

## Was wurde erreicht?

Über Rüstungsgeschäfte, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit wurde in den Hauptversammlungen deutscher Aktiengesellschaften bis Anfang der 80er Jahre nicht diskutiert. Wo früher nur gefragt wurde, warum die Dividende nicht höher ausfällt, mussten die Manager plötzlich beantworten, wie sie umwelt- und gesundheitsschädliche Produkte rechtfertigen wollen. Selbstverständlich haben die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre nicht die Illusion, Abstimmungsmehrheiten in Hauptversammlungen erzielen zu können. Aber sie stellen Öffentlichkeit für rücksichtslose Geschäftspraktiken her und setzen die Manager unter Druck. Dadurch kommt es zu Verbesserungen, weil die Konzerne auf ein positives Image angewiesen sind. Im Laufe der Jahre führte manche Kampagne zum Erfolg. So setzte die Schering AG ihre Arbeiter in Peru nicht mehr giftigem Formal-

dehyd und schädlicher UV-Bestrahlung aus, und die Deutsche Bank widerrief eine Kreditzusage für ein Projekt in Griechenland, bei dem Gold mittels Zyanid gewonnen werden sollte. UNICEF verweigerte nach Hinweisen der Kritischen Aktionäre Daimler wegen Beteiligung am Rüstungskonzern EADS die Aufnahme in seine Sponsoren-Liste und strich den Konzern sogar bis auf weiteres von seiner Lieferantenliste.

Vieles deutet darauf hin, dass in Zukunft die Regelungsfähigkeit des Staates zugunsten der als Global Player operierenden Konzerne noch weiter

abnehmen wird. In diesem Zusammenhang können die national und international agierenden Nichtregierungsorganisationen eine neue Rolle als Kontrollinstanz übernehmen. Als Teil der sich herausbildenden „Gesellschaftswelt“ (Czempiel) nehmen sie nicht nur eine kritische Position gegenüber den Staaten und ihren Regierungen ein, sondern auch gegenüber Wirtschaftskonzernen. So verstehen sich auch die Kritischen Aktionärinnen und Kritischen Aktionäre.

*Paul Russmann ist Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionäre.*

## **Wer hat die Macht?** **Zu den Möglichkeiten und Grenzen Kritischer AktionärInnen** von Axel Köhler-Schnura



Kritische AktionärInnen treten an, um im Angesicht der Macht des Kapitals grundlegenden ethischen Prinzipien Gehör zu verschaffen. Doch was können sie erreichen? Wo liegen die Möglichkeiten, wo die Grenzen? Was ist das Gebot der Stunde?

Nehmen wir das Beispiel BAYER<sup>1</sup>: Etwa 306.000 AktionärInnen sind bei BAYER registriert. Sie besitzen zusammen weit mehr als 827 Millionen im Umlauf befindliche Aktien mit einem Gesamtwert am Grundkapital des Konzerns von 2,1 Milliarden Euro bzw. einem Kurswert von 45,7 Milliarden Euro<sup>2</sup>. Die Macht im Konzern allerdings haben nur einige wenige Groß- und Größtaktionäre. So besitzen etwa zwei US-amerikanische Investment-

Gesellschaften mehr als 20 Prozent aller BAYER-Aktien (Capital Group und BlackRock Group).

### **Hinter den Konzernen stehen die Ultra-Reichen**

Eine präzise und detaillierte Analyse der Besitzverhältnisse bei Konzernen ist für Außenstehende unmöglich, da die zuständigen Abteilungen entsprechende Informationen regelmäßig verweigern<sup>3</sup>. Trotzdem lässt sich für den BAYER-Konzern schätzen, dass etwa ein Prozent aller AktionärInnen, also rund 3.000 Anteilseigner, darunter natürliche Personen und institutionelle AnlegerInnen, 90 und mehr Prozent des Kapitals, also 720 Millionen Aktien und mehr, besitzen. Alleine die zwei bereits genannten Großaktionäre besitzen mehr als 160 Millionen Aktien. Weitere 3.000 bis 5.000 institutionelle AnlegerInnen halten nochmals rund 540 Millionen Aktien.

Noch schwieriger wird es, den Einfluss von mächtigen Personen zu lokalisieren. Die Ultra-Reichen verstecken sich in aller Regel mit ihrem Besitz in mehrstufiger Verschleierung hinter institutionellen

<sup>1</sup> Alle Zahlen entsprechen dem Stand Ende des Jahres 2010.

<sup>2</sup> Der reale Wert einer Aktie ist der „Nominalwert“ bzw. der Wert, der sich aus der Stückelung im Bezug auf die Summe des Grundkapitals ergibt. Auf diesen realen Wert ist grundsätzlich die Dividende zu beziehen, um die reale Rendite zu ermitteln. Da Aktien an der Börse ge- und verkauft werden, gibt es zusätzlich einen „Kurswert“. Dieser ist jedoch einfach nur ein Marktpreis, der sich aus Angebot und Nachfrage ergibt. Auf ihn die Dividende zu beziehen, ist eine Verfälschung der realen Kapitalrendite. Trotzdem ist dies gängige Praxis und verschleiert derart die Schamlosigkeit der derzeit ausgeschütteten Dividenden. Wenn die BAYER-Aktie z.B. einen Nominalwert von ca. 2,56 Euro hat und die Dividende 1,50 Euro beträgt, ergibt sich eine Rendite von 58,6 Prozent. Wird die Dividende aber auf einen Kurswert von ca. 55,30 Euro berechnet, so liegt die Dividende „nur“ bei schamhaften 2,8 Prozent.

<sup>3</sup> Die Verschleierung der Macht- und Besitzverhältnisse erfolgt in vielfältiger Weise. So gibt es mit einigen wenigen Ausnahmen keine Pflicht, offen zu legen, wie viele Aktien ein bestimmter Aktionär besitzt. Und im Falle sogenannter „nennwertloser Aktien“ ist nicht einmal unmittelbar bekannt, welchen Nennwert eine Aktie hat. Die Mechanismen von Nenn- und Kurswert tun ihr übriges, um den realen Besitz weiter zu verschleiern.

Anlegern, sind so nicht zu erkennen und üben ihre Macht – zumindest für die Öffentlichkeit – anonym aus. Die bei BAYER schätzungsweise etwa insgesamt rund 250.000 bis 290.000 registrierten Privatpersonen besitzen nach Aussage des Konzerns<sup>4</sup> zusammen gerade einmal rund 86 Millionen Aktien. Wobei es hier erhebliche Unterschiede im Besitz gibt. Im Durchschnitt hat damit jeder private Aktionär etwa 250 bis 290 Aktien im Depot. Erfahrungsgemäß streut dieser Besitz von ein oder zwei Aktien bis zu einigen Millionen Anteilen. Das Regel-Depot für Privatleute liegt nach den Erfahrungen der Coordination gegen BAYER-Gefahren bei lediglich 20 bis 50 Aktien.

Dass mit solchen Stückzahlen keine Macht ausüben ist, liegt auf der Hand. Halten doch diese 95 und mehr Prozent aller AktionärInnen zusammen lediglich 12 Prozent des Kapitals. Und selbst, wenn schätzungsweise etwa 20.000 Privatpersonen mehr als 1.000 BAYER-Aktien im Depot haben, einige sogar viele Millionen Anteile, dann können sie damit noch immer keine Macht im Unternehmen ausüben, weil sie zusammen gerade noch nicht einmal 3 Prozent in die Waagschale werfen können.

### **Das Gerede von „Aktionärsdemokratie“ ist pure Demagogie**

Angesichts dieser Machtverhältnisse – und sie sind bei allen Konzernen mehr oder weniger ähnlich – ist es pure Demagogie, von „Aktionärsdemokratie“ zu reden wie es die Konzerne und die konzerngesteuerten PolitikerInnen und Medien tun. Tatsächlich ist es so, dass die blanke Diktatur herrscht. Die Diktatur des Kapitals. Einige wenige GroßaktionärInnen haben die absolute Macht und steuern derart das Management und sämtliche Entscheidungen. Die KleinaktionärInnen geben dabei nur eine diese Verhältnisse verschleiende Kulisse ab.<sup>5</sup>

Störend sind dabei allerdings diejenigen KleinaktionärInnen, die sich in zunehmendem Maß seit mehr als 20 Jahren in aller Welt als Kritische Aktionärinnen und Aktionäre (Critical oder Ethical Shareholders) formieren. Angesichts des drohenden Kollapses unseres Planeten, der immer gravierender werdenden sozialen Ungleichheit, der um sich greifenden Kriege und der zunehmend

barbarischeren Menschenrechtsverletzungen erheben sie seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts auf immer mehr Hauptversammlungen ihre Stimme. Sie sehen sich den Prinzipien von Umweltschutz, Frieden und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet. Sie fordern – in unterschiedlicher Konsequenz – eine Abkehr vom Primat des Profits und bieten damit dem Management der Banken und der Konzerne die Stirn. Vor dem Hintergrund der Mehrheitsverhältnisse bringen sie auf den Hauptversammlungen zwar lediglich geringe bis verschwindende Prozente aller Stimmen auf, werden jedoch de facto von vielen Tausenden KleinaktionärInnen unterstützt. Und sie treten immer zahlreicher an die Mikrofone der Hauptversammlungen, auf der BAYER Hauptversammlung 2011 beispielsweise waren mehr als zwei Drittel aller RednerInnen Kritische AktionärInnen<sup>6</sup>.

Beispielhaft mag die Hauptversammlung von BP im Jahr 2011 sein. Dort hatten sich Kritische AktionärInnen angekündigt, die laut Wall Street Journal „assets“ von 12 Milliarden Dollar repräsentierten. Der Konzern verweigerte auf der Basis des außerordentlich konzernfreundlichen britischen Rechts den kritischen AktionärInnen, die er per Handy-Fahndung lokalisieren konnte, kurzerhand den Zutritt zur Hauptversammlung. Was allerdings nicht verhinderte, dass die Mehrheit aller RednerInnen im Saal zu den kritischen Themen Umweltschutz, Frieden und soziale Gerechtigkeit sprach. Nicht alle KritikerInnen wurden von den Security- und Werkschutzkräften erkannt und zahlreiche traditionelle KleinaktionärInnen lasen kurzerhand aus den vor dem Saal verteilten Flugblättern vor bzw. stellten entsprechende Fragen.

### **Nicht alle Kritischen AktionärInnen wollen tatsächlich Veränderungen**

Grundsätzliche Veränderung kann von der Opposition Kritischer AktionärInnen allerdings keinesfalls erwartet werden. Kritische AktionärInnen können angesichts der zementierten Machtverhältnisse lediglich symbolisch handeln und mit ihren Nein-Stimmen nur ein Zeichen setzen.<sup>7</sup> Wobei

<sup>4</sup> [www.investor.bayer.de/Aktie/Aktionaersstruktur/uebersicht/#c13838](http://www.investor.bayer.de/Aktie/Aktionaersstruktur/uebersicht/#c13838) (zuletzt aufgerufen September 2011)

<sup>5</sup> Aus diesen Machtverhältnissen, die untrennbar auf dem System der privaten Aneignung des Profits in Form der Gewinnausschüttungen (Dividende etc.) aufbauen, ergibt sich übrigens auch, weshalb das in § 14(2) verankerte Sozial-Gebot des Grundgesetzes („Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“) wirkungslos verpufft. Privates Eigentum kann auf Grund der Machtverhältnisse zu nichts gezwungen werden. Und es wird auf Grund der kapitalistischen Verfassung der Wirtschaft dem maximalen Profit stets die Priorität einräumen.

<sup>6</sup> Umfangreiche Informationen über die BAYER-Hauptversammlung 2011 finden sich auf der Internetseite der Coordination gegen BAYER-Gefahren ([www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)).

<sup>7</sup> Wenn die Besitzverhältnisse bei den großen Konzernen so gelagert sind, dass die überwältigende Mehrheit der Aktien sich jeweils in den Händen weniger GrößtaktionärInnen – seien es private AktionärInnen (Ultra-Reiche) oder institutionelle Anleger (Banken, Investmentfonds etc.) – befinden, ist es eine Illusion über „Aktienmehrheiten“ – egal ob zugekauft oder per Übertragung gebündelt – Einfluss erreichen zu wollen. Es macht in der Praxis der Kritischen AktionärInnen deshalb lediglich einen publizistischen oder auch politischen Unterschied, ob lediglich ein Stimmrecht, ob hunderttausend Anteile oder ob eine Million Aktien vertreten werden – der reale Einfluss ist angesichts von Milliarden-Stückelungen in allen Fällen gleichermaßen verschwindend. In 30-jähriger Praxis konnte beispielsweise

hinzukommt, dass viele „Kritische“ gar keine Veränderungen wollen. Sie sind unzufrieden mit Missständen, wollen aber die auf Profit ausgerichteten gesellschaftlichen Strukturen keineswegs antasten. Sei es wegen ihrer politischen Grundhaltung, sei es aus eigenen Profitinteressen. Sie gleichen denjenigen, die baden wollen, ohne nass zu werden. Sie begnügen sich damit, den Finger in die Wunden zu legen. Ihre Forderungen sind bestenfalls trotzig-frustrierte Kommentare des verhängnisvollen Gangs der Dinge.

Dabei könnten gerade Kritische AktionärInnen transparent machen, was und wer tatsächlich verantwortlich ist für den Ruin der Umwelt und der menschlichen Gesundheit, für Ausbeutung und Unterdrückung, für Kriege und Missachtung der Menschenrechte: Das Profitsystem. Niemand ist berufener, das beim Namen zu nennen, als AktionärInnen, die selbst seit Anbeginn des Kapitalismus genau dieses System errichten und betreiben und von nichts anderem getrieben werden als vom Maximalprofit, den sie Jahr für Jahr als Dividende ausgeschüttet bekommen. Sie kennen die Mechanismen von innen und wissen um die Wirkungsweisen.

Dass Kritische AktionärInnen zumindest erfolgreich den Profitbetrieb von Konzernen stören können, zeigte wieder einmal die bereits erwähnte BP-Hauptversammlung am 14. April 2011 in London. Von der Konzernleitung als lediglich zwei-stündige Veranstaltung geplant, die mit satten Dividenden den Übergang von der Öl-Katastrophe im Golf von Mexiko zum „normalen“ Profit-Alltag markieren sollte, lief das Annual General Meeting vollständig aus dem Ruder, dauerte letztendlich sieben Stunden und geriet nach den schadenfrohen Schlagzeilen der internationalen Wirtschaftsmedien zum „Medien-GAU“. Im Internet finden sich mehr als 3 Millionen Einträge zu den Aktivitäten Kritischer AktionärInnen auf dieser Hauptversammlung, und in den englischsprachigen Medien war die Veranstaltung durchgängig das Top-Thema.

### **Kern aller Probleme sind die privaten Profite**

Die Kritischen AktionärInnen haben also neben der – geringen – Macht ihrer Aktienanteile und der Macht der Personenmasse prinzipiell noch die Macht der öffentlichen Meinung zur Verfügung. Wobei es allerdings keine Illusionen darüber geben darf, dass die herrschenden Medien<sup>8</sup> ihrer-

---

noch niemals auf einer BAYER-Hauptversammlung ein oppositioneller Antrag eine Mehrheit verzeichnen – selbst wenn er in traditionellen Angelegenheiten von „GroßaktionärInnen“ initiiert bzw. unterstützt wurde.

<sup>8</sup> Es gibt in der Medienlandschaft neben den herrschenden Medien stets eine je nach momentanem quantitativen und qualitativen Stand der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen eine mehr oder minder wirksame „Gegenöffentlichkeit“. Diese wird von einem jeweils unterschiedlich breiten inhaltlichen und organisatorischen Spektrum „alter-

seits ebenfalls profitorientierten Machtstrukturen folgen, also grundsätzlich<sup>9</sup> nicht auf der Seite der Kritischen AktionärInnen stehen. Sie sind mittlerweile zu wesentlichen Teilen ebenfalls als Konzerne organisiert und streben selbst nach Maximal-Profite. Wobei die Werbemilliarden eine entscheidende Rolle spielen, die dann immer wieder zur Disziplinierung eingesetzt werden. So hat z.B. der BAYER-Konzern Berichterstattung über die Kritischen BAYER-AktionärInnen der Coordination gegen BAYER-Gefahren in Stern und Spiegel damit quittiert, dass er diesen beiden Magazinen mehr als 10 Jahre die Anzeigen komplett entzogen hat. Mit der unverfrorenen Aussage des Leiters der BAYER-Öffentlichkeitsarbeit, Heiner Springer: „Damit die Jungs in Hamburg lernen, wer das Sagen hat.“

Kritische AktionärInnen tun gut daran, wollen sie tatsächlich etwas bewirken im Hinblick auf Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie, sich mit anderen Bewegungen gegen die „Diktatur des Kapitals“ zu verbünden. Sie müssen sich über ihre egoistischen Interessen an Dividende und über ihre ideologisch gefärbten Urteile über gesellschaftliche Entwicklung hinwegsetzen. Sie müssen gemeinsam handeln mit allen, denen an den gleichen Zielen gelegen ist. Sie müssen sich einreihen in die Allianz aller Kräfte, die das Prinzip der Solidarität gegen das Prinzip des egoistischen Profits setzen. Wollen sie auf Dauer erfolgreich sein, gibt es dazu keine Alternative.

Für manchen Kritischen Aktionär ist dies schwer. Vielfach sogar unmöglich. Zu stark sind die gesellschaftlichen Wurzeln, die Vorbehalte und die Privatinteressen. Auch ist es umgekehrt ebenfalls schwer. AktionärInnen werden nicht unbedingt ohne Reibungen und vorurteilsfrei als BündnispartnerInnen der traditionellen Bewegungen für Fortschritt und sozialen gesellschaftlichen Wandel hin zu Solidarität und Ökologie akzeptiert. Und trotzdem ist es so, dass sich Gerechtigkeit, Frieden und Umweltschutz nur werden durchsetzen lassen, wenn gemeinsam gehandelt wird.

---

nativer“ Medien getragen. Hier ist für Kritische AktionärInnen auf alle Fälle ein sinnvolles Betätigungsfeld für ihre Öffentlichkeitsarbeit.

<sup>9</sup> Ausnahmen bestätigen die Regel. Selbstredend kann es auch bei den herrschenden Medien aus unterschiedlichen Motivationen heraus ein Interesse an Berichterstattung geben. Auf Fairness und Objektivität – vor allem darauf – ist dabei aber kein grundsätzlicher Verlass, weil letztendlich eben die „herrschende Meinung stets die Meinung der Herrschenden ist“ (vgl. Karl Marx). So kommt es auch immer wieder, dass einzelne JournalistInnen durchaus Interesse haben zu berichten, aber dann auf interne, oft auch direkt durch die Öffentlichkeitsabteilungen der Konzerne ausgelöste Zensurmaßnahmen der Chefredaktionen stoßen. Es gibt sogar Fälle, in denen JournalistInnen auf Grund positiver Berichte über Kritische AktionärInnen bzw. über deren Anliegen und Aktivitäten Schwierigkeiten in ihrer beruflichen Existenz bekommen haben.

## **Die Öffentlichkeitsstrategen der Konzerne versuchen zu spalten**

Den Kritischen AktionärInnen muss klar sein, dass sie sich selbst mehr als andere verraten, wenn sie Illusionen im Hinblick auf die Möglichkeiten von Reformen im Kapitalismus oder gar im Hinblick auf die Veränderungsmöglichkeiten im Rahmen von Hauptversammlungen entwickeln. Sie müssen wissen, dass durch Gespräche mit den Konzernleitungen und durch Kooperation mit dem Management nichts, aber auch gar nichts grundlegend zu verändern ist. Gerade ihre Erfahrungen aus ihrer langjährigen Arbeit als Kritische AktionärInnen zeigen ihnen doch immer wieder, dass noch auf jedes Zugeständnis weitaus Schlimmeres folgt, dass die Abschaffung eines Übels ein noch größeres Übel nach sich zieht. Zugleich wissen sie, dass es gar nicht anders sein kann, weil erstens die Groß- und GrößtaktionärInnen das letztendliche Sagen haben und diese, da es bei ihnen um gigantische Summen geht, zu keinerlei prinzipiellen Zugeständnissen bereit sind, die den Profit auch nur um einen Cent schmälern; und zweitens, weil jeder Konzern sich sofort das Wasser abgraben und der Pleite preis geben würde, wenn er Chancen auf Profit – egal wie verbrecherisch diese auch immer sein mögen – aus ethischen oder moralischen Zugeständnissen heraus nicht nutzen würde.

Es geht also im Kern um den Profit. Der frühere BAYER-Vorstandsvorsitzende Prof. Grünewald etwa meinte, dass für die Moral die Kirche und für Ethik die Ethik-Kommission zuständig sei. „Wir“ – und damit meinte er das Management des Konzerns – „sind für den Profit zuständig.“ Sein späterer Nachfolger Dr. Schneider brachte es noch präziser auf den Punkt: „Unser Job ist der Profit.“

Die Kritischen AktionärInnen kommen, wollen sie auf lange Sicht erfolgreich sein und tatsächlich einen grundsätzlichen Wandel zu den Prinzipien des Umweltschutzes, des Friedens und der Solidarität zusammen mit anderen gesellschaftlichen Kräften herbeiführen, nicht darum herum, ihre Grenzen und Möglichkeiten klar zu sehen. Sie müssen alles tun, um entsprechende Klarheit zu schaffen und nicht Illusionen aufzusitzen. Andernfalls laufen sie nicht nur Gefahr, zu zahnlosen Papiertigern zu verkommen, indem sie lediglich an der Fassade herumkratzen, sondern sich gar auf der anderen Seite der Barrikade wieder zu finden, indem sie durch Co-Management und Sozialpartnerschaft den gesamtgesellschaftlichen Kampf

für Umweltschutz, Frieden und Gerechtigkeit erschweren und untergraben.

## **Die Zukunft und der Erfolg liegen in breiten gesellschaftlichen Allianzen**

Genau da setzen die Öffentlichkeitsstrategen in den Vorständen der Konzerne an. Sie wollen berechenbare, aber letztlich unwirksame Kritik, die zudem den Vorteil hat, die Illusion der Aktionärsdemokratie weiter zu nähren. Indem man die Kritischen AktionärInnen ungestört reden lässt, demonstriert man Toleranz, kann aber dank der Machtverhältnisse weiterhin ungestört die immer neuen Rekordprofite aufteilen. Indem sie die Kritischen AktionärInnen spalten, in „radikale“ und „demokratische“ etwa, geben sie sich tolerant und aufgeschlossen. Indem sie die moderaten Kräfte mit „Gesprächen“ und „Austausch“ locken, nähren sie Illusionen und spalten die Bewegung.

Es wird also für die Kritischen AktionärInnen mehr und mehr darum gehen, sich zu positionieren. Sie müssen klären, ob sie den immer öfter gemachten Angeboten von Co-Management und Sozialpartnerschaft eine Absage erteilen und wie sie sich ohne Vorbehalte mit den antikapitalistischen Kräften in starken Allianzen verbünden. Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz werden sich – das macht der seit 1990 nach dem Fall der sozialistischen Staaten „entfesselte Kapitalismus“ deutlicher denn je – nur bei vollständigem Bruch des Profitsystems erreichen lassen. Nur ein System, das auf Frieden, Solidarität und Ökologie baut, kann die Hauptversammlungen der Konzerne ihrer Kapitalmacht berauben und zu Orten demokratischer Debatten und der Suche nach den für Mensch und Umwelt besten Lösungen machen. Ein für Kritische AktionärInnen, so sie sich selbst ernst nehmen, wahrhaft hehres Ziel, für das es sich nicht nur einzutreten lohnt, sondern für das sie eintreten müssen, wollen sie tatsächlich etwas zur Rettung des Planeten beitragen und ihrer Verantwortung den kommenden Generationen gegenüber gerecht werden. Es ist das Gebot der Stunde angesichts der Dramatik der verheerenden Entwicklungen, die von den hinter den Konzernen stehenden Ultra-Reichen einzig im Interesse ihrer privaten Profite vorangetrieben werden.

*Axel-Köhler-Schnura ist Gründungsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionäre. Eine ausführliche Vita des Autors in: Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, 25 Jahre Kritische Aktionäre, Reader zur Jahrestagung 2011.*

## Kritische Aktionäre und die Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF)

von Gregor Böckermann



Dass man auf Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften das Wort ergreifen darf, ohne selbst Aktien des Unternehmens zu besitzen, habe ich zunächst von den „Evangelischen Frauen für Südafrika“ gelernt. Sie gingen regelmäßig zur Hauptversammlung der Dresdner Bank, um die Verstrickung dieser Bank mit dem Apartheidsregime in Südafrika anzuprangern. Als die Apartheid dann abgeschafft wurde, schenkte mir eine Frankfurter Pfarrerin ihre Eintrittskarte. In der Alten Oper habe ich damals Schuldenstreichung für Algerien gefordert.

Die „**Ordensleute für den Frieden**“, die inzwischen Mitglied des „Dachverbandes der Kritischen Aktionäre“ geworden waren, gingen regelmäßig zur Hauptversammlung der **Deutschen Bank**. Seit 1990 finden vor der Zentrale dieser Bank jeden ersten Donnerstag im Monat Mahnwachen statt. Zunächst, um Schuldenstreichung für die Dritte Welt zu fordern. Im Laufe der Jahre merkten wir in der IOF aber, dass auch in unserer Gesellschaft die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer und zahlreicher werden. Auf Schritt und Tritt ist das in Frankfurt und überall in Deutschland sichtbar: Übertriebener Luxus auf der einen, auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit und Sozialabbau mit der Folge stark beschränkter Partizipationsmöglichkeiten.

Was sich aber in Deutschland abspielt, geschieht auch weltweit. Die Schere zwischen den reichen und armen Nationen geht immer weiter auf. Die Folgen: Hunger, Terrorismus, Flüchtlingsströme, Umweltzerstörung.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen im **kapitalistischen Wirtschaftssystem**, das durch die Verselbstständigung und Globalisierung der Finanzströme der vergangenen Jahre noch über-

mächtiger geworden ist. Die Bedürfnisse der Armen und der kommenden Generationen haben keinen Platz in diesen Unrechtsstrukturen.

Wir stellen die heutige, auf Eigentum – d.h. auf Bereicherung – basierende Wirtschaftsordnung in Frage, weil sie der Allgemeinheit nicht wirklich dient. Denn vom jetzigen Geldsystem profitieren 20 Prozent der Bevölkerung auf Kosten von 80 Prozent, auch in unserem Land. Wir fordern daher ein System, in dem der Mensch als Teil der Natur im Mittelpunkt steht, nicht der Profit. Dazu brauchen wir eine neue Geldordnung ohne Zins.

Unsere Reden auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank wurden meistens von zeichenhaften Aktionen begleitet. Hilmar Kopper beispielsweise bekam ein Apfelbäumchen, im Sinne Luthers, der meinte: „Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich noch heute ein Apfelbäumchen pflanzen.“ Für Josef Ackermann haben wir „Brot für die Bank“ gesammelt, um ihm im Mannesmann-Prozess finanziell unter die Arme zu greifen. Im Jahre 2011 lautete unser Motto: „Glanz in der Hütte – Dreck vor der Tür.“ Die Aktionäre mussten sich ihren Weg bahnen durch allerhand Müll, den wir vor der Festhalle in Frankfurt ausgekippt hatten.

Uns „Ordensleute für den Frieden“ ist es wichtig geworden, dass nicht nur Fehler oder gar kriminelle Machenschaften der Unternehmen aufgezeigt werden. Als „Kritische Aktionärinnen und Aktionäre“ sollten wir auch immer mit bedenken, dass in unserem Land die Wirtschaft Vorrang hat vor der Politik, und dass im Sinne einer echten Demokratie das kapitalistische Wirtschaftssystem in Frage gestellt werden muss.

*Gregor Böckermann ist Mitglied der Initiative Ordensleute für den Frieden.*

## Warum Kritische Aktionäre?

von Dorothea Kerschgens



Weil es eine gute Erfahrung ist, vor „großen Tieren“ die Scheu zu verlieren und mit Chupze ihnen Widersprüche zwischen Aussagen und Taten um die Ohren zu hauen und sachliche, gleichzeitig provokative Fragen zu stellen.

Im Ernst, dies ist ein Nebeneffekt, aber ein wichtiger emotionaler, der mir Schub gibt, Recherchen anzustellen, Reden zu formulieren und die Spannung auszuhalten.

Wer seit mehr als 40 Jahren politische Arbeit tut und noch immer mit Lust – zugegeben auch manchmal mit Frust – braucht unterschiedliche Betätigungsfelder. Die Arbeit als Kritische Aktionärin eröffnet ein Feld neben Briefe schreiben, Infostände organisieren, Reden halten. Die „Bühne“ Aktionärsversammlung nutzen, um ungenannte Themen zur Sprache zu bringen und das Image zu zerstören, das sich so gerne seriös, umwelt- und menschenfreundlich gibt.

Meinem Einstieg zu den Kritischen Aktionären war jahrelange Anti-Apartheid-Arbeit vorausgegangen. Wir hatten die bundesdeutsche enge Kooperation, ja Kollaboration auf Finanz-, Rüstungs-, Kultur- und Sportebene angeprangert. Da lag es nahe, wenn es auch noch ein fremdes Element war, die Banken direkt vor Ort zu konfrontieren. Die Dresdner Bank war lange *die* Bank, die wir bevorzugt besuchten, auch wenn uns klar war, sie ist bei weitem nicht die einzige, der enge Verbindung mit dem Apartheidstaat vorgeworfen werden kann.

Khulumani, die Organisation, die Apartheidopfer zunächst in der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission vertrat, reichte im Jahr 2002 in New York eine Klage ein. Sie wollte und will von transnationalen Unterstützern Schadens-

ersatzforderungen erhalten. Es sollen auch die Archive geöffnet werden, um alle Details zu erfahren. Damals waren die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Commerzbank zunächst mit auf der Anklagebank, neben Rheinmetall, die eine Munitionsabfüllanlage geliefert und Daimler, die das Militär und die Polizei u.a. mit Unimogs beliefert hatten. Die Klage ist immer noch in Gang, mit all den juristischen Hoffnungen und Schwierigkeiten, die man sich denken kann. Inzwischen werden aber die Banken, sowohl die deutschen wie auch die Schweizer nicht mehr belangt. Die Rechtsanwälte sahen größere Chancen, die Klage zu gewinnen, wenn es eine Beschränkung auf Rüstungslieferanten gibt, denen ein direkter Bezug zum Schaden der Schwarzen in Südafrika nachgewiesen werden kann.

So war es folgerichtig, dass wir das Thema Klage bei den fünf Firmen und jetzt nur noch bei Rheinmetall und Daimler vertreten. Das öffnet auch die Türe nachzuweisen, dass Konzernchefs aus den beklagten Lieferungen an einen Unrechtsstaat wie Südafrika nichts gelernt haben. Durch die Exporte in den Nahen Osten und andere Krisengebiete belegen wir dies.

An der besonderen Art der Stille und der Aufmerksamkeit, wenn ich das Thema in der Hauptversammlung anspreche, merke ich, in welches Wespennest ich gestochen habe. Wie bemüht die Vorstandssprecher sind, Verantwortung von ihnen weg und hin zur Bundesregierung zu delegieren, die die Exporte genehmigt, oder sich auf Geheimhaltungsverpflichtungen zu berufen.

*Dorothea Kerschgens ist Vorstandsmitglied im Dachverband der Kritischen Aktionäre.*

## Glückwünsche aus der Schweiz von Ruedi Jörg-Fromm



Im Namen von ACTARES, der schweizerischen Vereinigung von Aktionärinnen und Aktionären für nachhaltiges Wirtschaften, entbiete ich ganz herzliche Glückwünsche zum Jubiläum. Es gibt schon seit geraumer Zeit Kontakte zwischen dem Dachverband und ACTARES. Mit elf Jahren sind wir zwar nicht einmal halb so erwachsen wie der Dachverband. Einige unserer Vorstandsmitglieder sind aber auch schon seit 25 oder mehr Jahren „im Geschäft“, engagieren sie sich doch schon seit den 80er Jahren bei Aktionärsgruppen, die sich kritisch mit Nestlé und UBS befassten und sich im Jahr 2000 zur gesamtschweizerischen Vereinigung ACTARES zusammenschlossen.

Zwischen dem Dachverband und ACTARES gibt es Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Gemeinsam ist die Erkenntnis, dass die Konzerne oft mächtiger sind als die Politik und daher nicht ausreichend kontrolliert werden. Deshalb fordern wir von ihnen mehr Transparenz und Nachhaltigkeit, d.h. soziale und ökologische Verantwortung. Wir sind dabei recht ausdauernd, sonst gäbe es keine stolzen Jubiläen zu feiern und wir sind geübt darin, die Aktionärsrechte wahrzunehmen und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass es nicht genügt, die Shareholders zufrieden zu stellen, sondern dass in einer vernetzten Welt alle Beteiligten (Stakeholders) und die ganze Wertschöpfungskette zu berücksichtigen sind. Als ehrenamtlich tätige Vorstandsmitglieder haben wir es dabei mit einer Welt zu tun, in der das Geld regiert. Das mag für unsere Glaubwürdigkeit günstig sein, wir sind aber mit unseren bescheidenen personellen und finanziellen Mitteln der geballten Kraft der Konzerne und ihrer PR-Strategien scheinbar hoffnungslos unterlegen. Und doch schöpfen wir immer wieder Mut, weil Engagement besser ist als Resignation und weil die Konzerne „verletzlich“ sind: Sie fürchten Reputationsschäden wie der Teufel das Weihwasser.

Es sind diese Gemeinsamkeiten, die uns bei aller Unterschiedlichkeit verbinden. ACTARES ist kein Dachverband, der von konzern- und aktionsbezogenen Organisationen getragen wird, sondern ein Verein mit vielen Einzelmitgliedern (rund 1200) und wenigen Kollektivmitgliedern (21). Sie stammen aus der ganzen Schweiz; die Geschäftsstelle

und der Vorstand sind denn auch zweisprachig, französisch und deutsch. Unserem kulturellen Umfeld ist es wohl zuzuschreiben, dass wir stärker auf Dialog als auf Konfrontation setzen, was gegenüber global agierender Konzerne etwas naiv sein mag. Wir sind aber überzeugt, dass die richtigen Fragen manchmal wirksamer sein können als eine Konfrontation. Auch der rechtliche Rahmen ist bei aller Internationalität des Geschäfts ein spezifisch schweizerischer: die Rechte der Aktionärinnen sind eng begrenzt. Seit einigen Jahren befindet sich das schweizerische Aktienrecht in Revision. Gleichzeitig wird die so genannte „Abzocker-Initiative“ im Parlament behandelt und endlos verzögert. Hauptstreitpunkt ist der Ausbau der Aktionärsrechte, etwa durch die Mitentscheidung über die Höhe der Vergütungen. Auf Konzernebene gibt es in der Schweiz keine Mitbestimmung und somit keine Arbeitnehmervertreter im Vorstand und dem Aufsichtsrat, die unsere Anliegen unterstützen könnten. Von einer solchen Unterstützung ist im deutschen Dachverband, so scheint mir, allerdings auch nicht besonders viel zu spüren.

Für Organisationen mit bescheidenen Mitteln ist eine internationale Zusammenarbeit nur beschränkt möglich. Den Informations- und Erfahrungsaustausch mit dem Dachverband möchten wir aber gern weiter führen. Auch der gemeinsame Besuch von Hauptversammlungen kann sich lohnen. Wie weit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehen kann, macht gerade das Finanzkapital wieder vor: Axel Weber, der Ex-Präsident der deutschen Bundesbank soll im Frühling 2012 zum Vize-Präsidenten und ein Jahr später zum Präsidenten der Schweizer Großbank UBS gewählt werden. Zur „Begrüßung“ erhält er schon mal den stolzen Betrag von rund 4 Mio. Euro (2 Mio. Fr. in bar und Aktien im geschätzten Wert von über 3 Mio. Fr.). Solange überrissene Entschädigungen bezahlt werden, die an keine messbaren Leistungen und schon gar nicht an soziale und ökologische Rechenschaftspflicht geknüpft sind, braucht es den Dachverband und ACTARES.

*Ruedi Jörg-Fromm ist Vorstandsmitglied von ACTARES.*

# DENKWÜRDIGE HAUPTVERSAMMLUNGEN

## **Am Ende werden Moral, Ethik und Nachhaltigkeit siegen! Ein persönlicher Blick auf zwei Jahrzehnte des Widerstands gegen Waffenhandel des Daimler-Konzerns**

von Jürgen Grässlin



Die Kritischen AktionärInnen feiern ihr 25-jähriges Bestehen – wahrlich ein Grund zur Freude! Denn seit einem Vierteljahrhundert legen Kritische Aktionärinnen und Aktionäre ihre inzwischen zahlreichen Finger in die vielfältigen Wunden deutscher Großkonzerne, wagt David in vielfältigem Gewand den Widerstand gegen Goliath – und können dabei durchaus Erfolge vorweisen.

Als Anfang der Neunziger Jahre die Kritischen AktionärInnen Daimler-Benz aus der Taufe gehoben wurden, hätten wir uns gewünscht und erhofft, aber bestimmt nicht mit Sicherheit voraussagen können, dass wir zwei Jahrzehnte danach eine feste Größe bei den Hauptversammlungen und darüber hinaus sein würden.

Anfangs hat man uns verlacht, verhöhnt, verspottet. Nur allzu gut kann ich mich an meine erste Rede in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle erinnern. Edzard Reuter verdankten wir Gemischtwarenladen mit den Rüstungsfirmen MBB, MTU, AEG und Dornier. Damals warf ich dem Vorsitzenden der Daimler-Benz Aerospace, Jürgen E. Schrempp, konfrontativ an den Kopf: „An Ihren Händen klebt das Blut unzähliger Toter der Dasa-Waffenexporte!“ Tausende Teilnehmer buhten, nur wenige wagten Applaus. Schrempp aber reagierte ausgesprochen gelassen, kam nach der Hauptversammlung vom Podium herunter, klopfte mir auf die Schulter und sprach grinsend von einer unterhaltsamen Versammlung.

In diesen Jahren provozierten wir wortgewaltig: Unvergessen unser damals massiv moniertes Plakat DAIMLER TÖTET SIE!, das für helle Aufregung in der Konzernzentrale sorgte. Unvergessen unser Blutcocktail, den wir den Aktionärinnen und Aktionären draußen vor der Hauptversammlung ausschenkten. Unvergessen die äußerst kontrovers ausgetragenen Diskussionen in kleiner Runde von DASA-Vorständen und uns Eurofigh-

ter-Kritikern – um nur einige der zahlreichen Highlights zu nennen.

Mit Schrempps anmaßender Vision der Welt AG, dem global führenden Autoriesen, mutierte Daimler-Benz zu DaimlerChrysler. Was haben wir Kritischen AktionärInnen – übrigens im Bund mit kritischen Gewerkschaftern – gegen die de facto Übernahme von der Chrysler Corporation gewettert. Zu Recht und doch vergebens. Wären die führenden Anteilseigner und nicht einzig Kleinaktionäre unserem Gegenantrag gefolgt, hätten zweistellige Milliardenbeträge für die Förderung nachhaltiger Mobilität genutzt werden können. Stattdessen wurden Zehntausende Arbeitsplätze vernichtet. Das Erbe Schrempps wiegt schwer.

Unsere Gegenanträge und Reden, vor allem aber meine Bücher müssen sie gewurmt haben: „Den Tod bringen Waffen aus Deutschland“, „Daimler-Benz.

Der Konzern und seine Republik“, „Jürgen E. Schrempp. Der Herr der Sterne“ und zuletzt „Das Daimler-Desaster“ – unter ihnen nationale wie internationale Bestseller. Wie anders erklärt sich die Tatsache, dass mich Jürgen E. Schrempp und Dieter Zetsche mit dem Konzern in Berlin und Hamburg 2005 auf Unterlassung verklagten. Wie peinlich und notwendig die Niederlage von Zetsche vor dem Landgericht Hamburg bei seiner Forderung nach Schmerzensgeld. Wie bedeutend der Sieg der Presse- und Meinungsfreiheit über Schrempp vor dem Bundesgerichtshof im Herbst 2009.

Wie wichtig, dass die Kraft der Argumente gesiegt hat über die Macht des Kapitals. Ein Präzedenzfall, der noch Jahre wirken wird.

Wie peinlich dagegen Dieter Zetsches Schweigen, nachdem ich ihm auf der Hauptversammlung vor laufender Kamera die Postkarte mit seinem Kon-

terfei, der Aufschrift „Kennen Sie Deutschlands größten Waffenhändler?“ mit einer Einladung überreicht habe: „Lassen Sie uns in einer Kriegsgebiet reisen und mit den Überlebenden des Waffeneinsatzes von Daimler/EADS-Waffen reden.“ Nein, wir schweigen nicht. Wir erheben unsere Stimme für die Opfer dieser Geschäftspolitik.

Dass Daimler seine Aktien an der EADS jetzt verkaufen will, ist ein Zeichen. Und seien wir nicht zu bescheiden: Dieses Bemühen ist auch ein unausgesprochenes Signal, das da lautet: Daimler-Manager ertragen es nicht länger, als die größten industriellen Waffenhändler der Republik an den Pranger gestellt zu werden. Bei der Daimler AG sind sie uns damit lange noch nicht los, denn der Autokonzern bleibt noch immer einer der größten

Händler von Militärfahrzeugen weltweit – zu den Adressaten zählen Terrorregime in aller Welt.

Noch sind wir nicht am Ziel unserer Träume. Noch ist Daimler nicht aus dem Waffenhandel ausgestiegen. Noch fahren japanische und französische Autokonzerne ökologisch weit voraus. Noch leiht sich Daimler Arbeiterinnen und Arbeiter, anstatt sie fest anzustellen. Das „noch“ aber ist eine Frage der Zeit. Am Ende werden Moral und Ethik, Nachhaltigkeit und soziales Gewissen über menschenverachtende Waffenlieferungen, PS-protzende Formel-1-Boliden und Beschäftigungsmodelle à la Zetsche & Co siegen.

*Jürgen Grässlin ist Mitglied der Kritischen Aktionäre Daimler.*

## **Deutsche Bank: Zwei denkwürdige Hauptversammlungen und einige frustrierende ...** von Barbara Happe



Seit Jahren nimmt urgewald über den Dachverband der Kritischen Aktionäre aktiv an den Hauptversammlungen deutscher Banken teil. Denn: Banken kommt eine Schlüsselrolle in der Wirtschaft zu. Sie versorgen sie mit Geld und verteilen es so manches Mal an Unternehm(ung)en, die große Schäden anrichten.

Banken sind mitverantwortlich dafür, dass in den letzten Jahren weltweit die Lebensräume von Millionen Menschen geschädigt wurden. Massive Finanzierungen im Bereich fossiler Energien tragen zudem zur Verschärfung des Klimawandels bei. Ungeachtet dessen halten Banken weiterhin an Geschäftsmodellen fest, die einseitig auf Gewinnmaximierung setzen. Kunden Kredite oder andere Finanzdienstleistungen zu verweigern, *nur* weil sie Landrechte missachten, Menschenleben gefährden oder ganze Landstriche verseuchen – das fällt deutschen Banken noch immer schwer, wenn sie ihre Kunden im Vorfeld diesbezüglich überhaupt umfassend überprüfen.

Hauptversammlungen spielen bei dem Bestreben, Banken zu mehr ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit im Finanzgeschäft zu bewegen, eine zentrale Rolle. Einmal im Jahr besteht hier die Möglichkeit, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder direkt anzusprechen und auf eklatante Missstände und (drohende) ökologische und soziale

Fehlinvestitionen hinzuweisen. Zwar lauschen sie unseren auf maximal fünf Minuten beschränkten Beiträgen oftmals mit großer Skepsis – dennoch gelang es in den letzten Jahren immer mal wieder, Finanzentscheidungen zu kippen oder Banken Zugeständnisse abzurufen. V.a. dann, wenn Betroffene derartiger Projekte das Wort ergriffen und eindringlich über die katastrophalen Auswirkungen der Finanzspritzen auf ihr Leben berichteten und so zahlreiche AktionärInnen sowie im Saal anwesende PressevertreterInnen hinter sich bringen konnten.

Regelmäßig haben wir in den letzten Jahren die Hauptversammlungen der Deutschen Bank besucht. Denn mehr als andere deutsche Banken, ist sie immer wieder in Skandalfinanzierungen oder Menschenrechtsverletzungen verstrickt. Bei der Wahl ihrer Kunden kennt sie kaum Skrupel und stellt auch den schwärzesten Schafen Finanzierungen bereit. Sie schreckt dabei auch nicht vor Geschäften und Kunden zurück, die bei anderen Finanzdienstleistern längst auf dem Index stehen.

**Beispiel Belene:** Nach über 20 Jahren Baustopp nahm die bulgarische Regierung 2006 Pläne zum Bau eines neuen Atomkraftwerkes nahe der Stadt Belene wieder auf. Auch die Deutsche Bank wollte sich neben der Commerzbank und der HypoVer-

einsbank an der Finanzierung des Projektes beteiligen, wohl wissend, dass das Kraftwerk in einem Erdbebengebiet gebaut werden sollte. 1977 starben nur wenige Kilometer vom AKW-Standort entfernt 120 Menschen bei einem Erdbeben. Trotz des vor Ort existierenden Widerstandes gegen das Projekt waren die deutschen Banken bereit, Belene zu finanzieren. Urgewald lud daraufhin Projektbetroffene und bulgarische Energieexperten zu den Hauptversammlungen der involvierten deutschen Banken ein, um so die Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder mit den Problemen konfrontieren. Die Commerzbank erklärte daraufhin direkt bei der Hauptversammlung, nichts mehr mit dem Projekt zu tun haben zu wollen. Eine umfassende Medienkampagne und die Unterstützung zahlreicher Aktionär/innen und Kund/innen führten in den Folgemonaten dazu, dass sich auch die beiden anderen deutschen Banken aus Angst vor Imageschäden von dem Skandalprojekt zurückzogen. Bis heute hat die bulgarische Regierung kein hinreichendes Finanzierungskonzept zusammenstellen können.

**Beispiel Streumunition:** Drei Jahre hintereinander sprachen wir auf den Hauptversammlungen der Deutschen Bank zu diesem Thema, um sie dazu zu bewegen, aus der Finanzierung von Streumunitionsherstellern auszusteigen. Streumunition ist seit August 2010 völkerrechtlich geächtet, weil ein erheblicher Prozentsatz der Munition beim Einsatz nicht direkt explodiert, sondern als tickende Zeitbombe verbleibt und dann v.a. Zivilbevölkerung verletzt oder tötet. Bei den Hauptversammlungen 2009 und 2010 erteten wir für unsere Forderungen keine besondere Beachtung – Vorstandschef Ackermann gelang es, die Aktionär/innen mit allgemeinen Floskeln zum Thema Menschenrechtsschutz bei der Deutschen Bank zu beschwichtigen. In diesem Jahr jedoch war das anders: wir hatten den serbischen Minenräumer Branislav Kapetanovic zur Hauptversammlung der Deutschen Bank eingeladen, der bei seiner Arbeit im Jahr 2000 verkrüppelt wurde. Verkrüppelt durch Munition eines US-amerikanischen Unternehmens, das auch auf der Kundenliste der Deutschen Bank steht. Durch sein eindrückliches Plädoyer für einen definitiven Ausstieg aus der Finanzierung dieser Munition konnte endlich ein Einlenken der Deutschen Bank erreicht werden. Den Imageschaden für sein Bankhaus vor Augen, sicherte der Vorstandsvorsitzende schließlich zu, das Thema nochmals eingehend überprüfen zu wollen: „Ich bin zuversichtlich, dass wir Ihrem Anliegen (nach einem Ausstieg) entsprechen werden“.

Derartige Erfolge auf Hauptversammlungen sind jedoch eher die Ausnahme denn die Regel. Getreu dem Motto „Ein schöner Tag macht leider noch keinen Sommer“ gilt auch hier: Ein einzelner Erfolg bedeutet noch kein prinzipielles Umdenken bei der Bank. Noch immer finden sich im Portfolio des deutschen Bankenprimus zahlreiche skanda-

löse Kunden und Projekte – zum Beispiel im Atom- und Rüstungsbereich.

**Beispiel Atom:** TEPCO, der Betreiber der havarierten Atomreaktoren im japanischen Fukushima, ist langjähriger Kunde der Deutschen Bank. Obwohl bereits 2002 bekannt wurde, dass TEPCO zahllose Sicherheitsberichte gefälscht und notwendige Reparaturen unterlassen hatte, gab die Deutsche Bank weiter Anleihen für diese Firma aus. Auf Kritik unsererseits bei der Hauptversammlung 2009 reagierte die Deutsche Bank nicht – auch nach der Katastrophe in Fukushima hüllt sich Vorstandschef Ackermann dazu in Schweigen. Schließlich will man weiter an der Atomkraft verdienen.

„Aussetzen“ statt handeln lautete denn auch die Reaktion der Deutschen Bank auf Kritik an Finanzspritzen für den französischen Atomkonzern Areva zum Kauf des südafrikanischen Bergbau-Unternehmens UraMin. Damit will Areva den Uranabbau in vielen Teilen Afrikas ausbauen. Im Niger ist Areva über Tochterfirmen schon seit 40 Jahren aktiv. Der Effekt: radioaktive Belastung des ohnehin knappen Trinkwassers und erhöhte Hintergrundstrahlung. Die Minenarbeiter leiden unter Hautausschlägen, Leukämie, Nieren- und Lungenkrankheiten. Ungeachtet dieser Probleme will Areva nun eine weitere Uranmine in der Konfliktregion im Norden Nigers erschließen – die Deutsche Bank stört das nicht, Areva bleibt weiterhin „ein willkommener Kunde“. Auch ein aus dem Niger angereister betroffener Minenarbeiter, der den Bankenchef auf die gravierenden Probleme in seiner Heimat anspricht, ertet nur den lapidaren Kommentar, dass die Deutsche Bank vor der Kreditvergabe nichts von den Problemen gewusst habe (weil man nicht umfassend geprüft hat) und man jetzt, nach der Kreditvergabe, auch nichts mehr machen könne...

**Beispiel Waffen:** Noch immer zählen zahlreiche führende Produzenten kontroverser Waffensysteme zum Kundenkreis der Deutschen Bank – entgegen der eigenen immer wieder getätigten Behauptung, nicht in solche Transaktionen verstrickt sein zu wollen. Streumunition ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Hier bleibt, sollte sich der definitive Rückzug beim Thema Streumunition bestätigen, weiterhin viel zu tun, denn auch die Produzenten anderer kontroverser Waffensysteme, die Uranmunition oder Trägersysteme für Atomwaffen herstellen, lassen sich noch immer im Portfolio der Deutschen Bank finden. Bei vielen anderen Banken stehen diese Kunden längst auf dem Index. Hauptversammlungen dienen hier dem Ziel, AktionärInnen konsequent über derart skandalöse Finanzierungen zu informieren und für die Thematik zu sensibilisieren, in der Hoffnung, auch hier eines Tages weit reichende Zugeständnisse zu erzielen.

Mal Licht, aber noch viel Schatten: es ist ein mühsames, zähes und langwieriges Unterfangen,

Banken davon zu überzeugen, dass Umwelt- und Menschenrechtsbelange nicht einseitig ehrgeizigen Renditezielen geopfert werden dürfen. Urgewald wird mit den Kritischen AktionärInnen auch in

Zukunft dafür streiten, dass Banken weniger „dreckige Deals“ für Mensch und Umwelt tätigen.

*Barbara Happe ist Campaignerin bei urgewald.*

## **Die Fischer hatte keiner auf der Rechnung Der Konflikt um das Stahlwerk TKCSA von ThyssenKrupp in Rio de Janeiro** von Christian Russau



*Der Ärger um das Stahlwerk fing Anfang 2007 an. Damals hörten die Fischer der Bucht von Sepetiba zum ersten Mal von den Plänen, dass an ihrer Bucht das größte Stahlwerk Lateinamerikas gebaut werden sollte. Daraufhin versuchten sie, mit Verantwortlichen der Firma Kontakt aufzunehmen, um Genaueres zu erfahren. Doch sie erhielten keinen Termin. Dann passierte irgendetwas in der Bucht, was die Fänge der Fischer um bis zu 80 Prozent zurückgehen ließ. Die Fischer sind sich sicher, dass bei den Ausbaggerungsarbeiten für den Hafen die Sedimente unsachgemäß aufgewirbelt wurden, so dass die an den Feststoffen sich anreichernden Schwermetalle Zink, Kadmium und Arsen wieder freigesetzt wurden. Diese hochtoxischen Stoffe entstammen der bereits in den 80er Jahren pleite gegangenen Zinkfabrik Ingá Mercantil, auf deren brach liegendem Grundstück in den neunziger Jahren ein Damm gebrochen war: Unzählige Tonnen an Schwermetallen ergossen sich damals in die Bucht. Fischfang war jahrelang nicht möglich.*

Doch durch den Ablagerungsprozess war die Wasserqualität in der Bucht im Lauf der Jahre wieder besser geworden, berichten die Fischer. Doch dann kam ThyssenKrupp. Die deutsche Firma kannte sehr wohl die örtlichen Begebenheiten. Beim Erwerb des Geländes war die Verseuchung der Sedimente in der Bucht kein Geheimnis. ThyssenKrupp und die Regierung von Rio vereinbarten die Modalitäten, unterschrieben schön klingende Umweltschutzvereinbarungen – und die Verträge über Steuerleichterungen für die Firma. Und ab 2007 kamen die Ausbaggerungsschiffe, die für ThyssenKrupp den Hafenzugang tiefer ausbaggern sollten – und auf einmal blieben die Netze der Fische von Tag zu Tag leerer. Die Fischer mutmaßen, dass die toxischen Sedimente wieder aufgewirbelt wurden – und dass dadurch die Fischbestände so dramatisch gesunken sind.

Hinzu kommt, dass ihre Bucht seitdem mehr und schneller versandet: die Strömungen haben sich geändert, und die Fischer müssen durch den Schlick zu ihren Booten staken. „Das habe ich ein paar Mal gemacht“, berichtete der Fischer Pedro. „Danach hatte ich sofort schlimmsten Ausschlag an den Beinen. Das dort ist alles komplett verseucht!“ Hinzu kommt: „ThyssenKrupp hat genau an der Stelle die Hafeneinfahrt ausbaggern lassen, die wir Fischer seit Generationen schützen, weil dort die bevorzugten Laichgründe der Bucht sind“, erklärte Pedro. So fangen die Fischer bis heute nur bis zu einem Fünftel ihrer vorigen Beiträge – dies geht aus den Statistiken des Fischereiverbandes FAPESCA des Bundesstaates Rio de Janeiro hervor.

Der Protest der Fischer ging weiter. Mit 42 Fischerbooten haben sie im Jahr 2008 ein Industrieschiff umzingelt, das mit Aushebungsarbeiten für den Hafenzugang beschäftigt war, und so die Bauarbeiten für mehrere Stunden unterbrochen. Erst dann erklärte sich ein Verantwortlicher des Kruppstahlwerks zu Gesprächen bereit. „Am Nachmittag um vier kam dann jemand Hohes von der Firma – er wurde mit einem Hubschrauber zu uns geflogen“, berichtete der Fischer Luis Carlos. Danach kam es zu einem Treffen mit Vertretern der Firma. „Aber was sie uns zeigten, war ein Video über das tolle, neue Stahlwerk – und wie schön alles werden würde“, so der Fischer.

Luis Carlos ist seit 50 Jahren Fischer. Den Beruf hat er im neunten Lebensjahr von seinem Großvater gelernt, der auch Fischer an der Bucht von Sepetiba war. Luis Carlos ist wegen früher Kinderlähmung Rollstuhlfahrer – und er ist Fischer aus Leidenschaft. Doch Fischen kann er nicht mehr. Sein Boot liegt verlassen, ebenso ist sein Haus verwaist. Denn am 6. Februar 2009 um 11 Uhr vormittags erhielt er die letzte Warnung: Er befand sich gerade mit anderen Fischern auf der Straße,

als ein Auto neben ihnen anhielt. Die getönten Scheiben des Wagens wurden heruntergelassen – und die Insassen des Autos zeigten dem am Straßenrand haltenden Fischer demonstrativ eine Waffe. In den Gegenden in Rio de Janeiro, in denen die Milizenmafias herrschen – und Sepetiba gehört zu diesen Gebieten – ist dieses Zeichen unmissverständlich: „Du wirst sterben.“

„Um 16 Uhr am gleichen Nachmittag habe ich den Bundesstaat Rio de Janeiro verlassen“, erzählte Luis Carlos. Seither musste er in vier verschiedenen Bundesstaaten leben, ohne jeden Kontakt zu seiner Familie. Seit gut zwei Jahren wird Luis Carlos von der brasilianischen Bundespolizei geschützt – sein Aufenthaltsort ist nur den wenigen Mitarbeitern des Bundesprogramms zum Schutz für Menschenrechtsverteidiger bekannt. Die Aufnahme in das Menschenrechtsschutzprogramm der brasilianischen Bundesregierung wurde Luis Carlos in einem Dokument bescheinigt. In dem heißt es, dass er „Morddrohungen von Polizisten (Zivil- und Militärpolizisten) und von Milizionären“ erhalten hat. In Bezug auf die Milizionäre fährt das Dokument wörtlich fort: „Milizionäre, die mutmaßlich angestellt sind für den Werkschutz der Gruppe ThyssenKrupp, die gemeinsam mit Vale do Rio Doce verantwortlich ist für den Bau des Stahlwerks CSA“. Die brasilianische Bundesregierung geht demnach davon aus, dass der Werkschutz der TKCSA „mutmaßlich“ aus Milizionären besteht.

Mit dieser Aussage steht der Fischer nicht allein. Ein hochrangiger Gewerkschafter des brasilianischen Gewerkschaftsverbandes CUT hat schwere Vorwürfe gegen die Sicherheitskräfte des Stahlwerks TKCSA erhoben. Auf einer Anhörung der Menschenrechtskommission des Parlaments des Bundesstaates Rio de Janeiro sagte Jadir Baptista, Mitglied des Direktoriums der CUT im Bundesstaat Rio de Janeiro, dass er beim Versuch, im Rahmen seiner Gewerkschaftsarbeit die Mitarbeiterunterkünfte des Stahlwerks TKCSA aufzusuchen, von einem der dortigen Sicherheitskräfte unter Androhung von Schusswaffengebrauch daran gehindert wurde „Die haben uns dort rausgeworfen. Mit Revolver am Kopf“, sagte der CUT-Gewerkschafter gegenüber dem Gremium aus. Dies geht aus der Niederschrift des Wortprotokolls der Anhörung vom 14. Dezember 2010 hervor. Der Gewerkschafter Jadir berichtete weiter, dieses Vorgehen sei reines Banditentum: „Die werfen dort alle raus, mit der Waffe am Kopf.“

Das Problem der Mafiamilizen in der Westzone Rio de Janeiros ist bekannt. Amnesty International organisierte im Jahr 2009 eine Eilaktion für die von den Milizen bedrohten ParlamentarierInnen, und die Heinrich Böll Stiftung hatte schon im Jahre 2008, gemeinsam mit brasilianischen Partnerorganisationen, einen Hintergrundbericht zu den Milizen in Rio de Janeiro verfasst. Darin wird erklärt, wie die Angst vor den lokalen Milizen die

Strafverfolgung gleichsam unterdrückt. Es ist das Gesetz des Schweigens, an das sich alle in der Region halten, wenn sie ihr Leben nicht in Gefahr bringen wollen. Der Fischer Luis Carlos hat die Gefahr gekannt. Er hat dennoch darüber öffentlich gesprochen. Seitdem lebt er versteckt.

Im Januar 2010 war Luis Carlos dann nach Deutschland gefahren. Auf Einladung des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre trug er auf der Jahreshauptversammlung von ThyssenKrupp den Protest der Fischer von Sepetiba vor – und griff den Vorstand von ThyssenKrupp scharf an: „ThyssenKrupp beutet das Erz aus, uns Fischern bleibt die Schlackel!“, rief er gegen Ende seiner bewegenden Rede den Aktionärinnen und Aktionären zu. Und die Reaktion der deutschen Firma? Weist alle Vorwürfe entschieden zurück. Keine Umweltschäden. Keine Milizen, die als Werkschutz operieren. Keine Entschädigungen. Kein Dialog.

Und dennoch war der Auftritt von Luis Carlos vor den Aktionärinnen und Aktionären von ThyssenKrupp ein gewichtiger Schritt nach vorn im Kampf der Fischer gegen den Industriegiganten aus Deutschland. Was in der Berichterstattung der deutschen Medien als Kampf „David gegen Goliath“-Züge trug, sprach sich infolgedessen schnell nach Brasilien durch – und bewog die dortigen Medien, endlich auch auf das Thema aufmerksam zu werden.

Nun, anderthalb Jahre später, hat sich das Medienbild des Stahlwerks TKCSA in Brasilien radikal geändert: da wird zur besten Sendezeit in den Abendnachrichten vor einem Millionenpublikum über die Staubbelastung für die Anwohner berichtet, lassen die Anwohner ihren Unmut über „die Firma aus Deutschland“ freien Lauf; da wettet die konservative Tageszeitung *O Globo*, wie denn die Stadt Rio de Janeiro „saubere Olympische Spiele“ gewährleisten könne, wenn da ein Werk im Stadtgebiet steht, dass die Kohlendioxidemissionen von ganz Rio de Janeiro um 76 Prozent in die Höhe schnellen lässt?; da erregt sich einer der bekanntesten Radiojournalisten Brasiliens: „Wenn sie nicht die bestmögliche Technik verwenden, dann schließt das Ding sofort!“, um gleich im Anschluss zu fragen, wie es sein könne, dass ein Land wie Deutschland, das so viel für den Umweltschutz tue, seine Industrie exportiere, die dann andere Länder verseuche. „Was für eine Barbarei! Eine deutsche Firma!“, schimpfte der Journalist, bevor er verächtlich hinzufügte: „*chucrute!*“ – übersetzt: *Sauerkraut*.

Und mit dem angekratzten Medienimage war der Schritt nicht mehr weit, dass die ersten Politiker, die zuvor das Stahlwerk mit Pomp und Pathos eröffnet hatten, öffentlich vom Glauben abfielen und sich von ThyssenKrupp distanzieren. So kritisierte der Bürgermeister von Rio de Janeiro, Eduardo Paes, nach jahrelanger Unterstützung des umstrittenen Stahlwerkkomplexes im April 2011

erstmal öffentlich ThyssenKrupp. „Wenn ich damals, am Anfang des Entscheidungsprozesses, beteiligt gewesen wäre, hätte ich das wahrscheinlich nicht unterstützt“, sagte der Konservative im April 2011. Der Bürgermeister der 6-Millionen-Metropole sagte, die Stadt habe durch das Stahlwerk nun mehr Probleme als zuvor, weswegen er grundsätzlich eine „Industrie ohne Schloten“ bevorzuge. Und der Umweltminister und dessen Ministerium vermitteln öffentlich mehr und mehr den Eindruck, die bisherigen eigenen Unzulänglichkeiten kaschieren zu wollen durch Druck auf ThyssenKrupp, die Umweltauflagen endlich zu erfüllen.

Und dieser Umschwung der öffentlichen Meinung in Rio über das Stahlwerk an der Bucht von Sepetiba offenbart sich auch am Verhalten der Staatsanwaltschaft von Rio de Janeiro. Diese hat im Zeitraum von Dezember 2010 bis Juni 2011 drei Anklagen gegen das Stahlwerk erhoben: Hatte die Staatsanwaltschaft sich bei ihrer ersten Klage auf die Umweltschäden des Hochofens 1 bezogen, wurde im April 2011 Klage wegen der Umweltverschmutzung durch den Hochofen 2 erhoben. Und Ende Juni 2011 erhob die Staatsanwaltschaft Klage gegen das in ihren Augen falsche Umweltgutachten einer Drittfirma, das Voraussetzung war für den Weiterbetrieb des Stahlwerks. ThyssenKrupp selbst wiederholt seit Monaten das Argument, der auf die Anwohner nieder regnende Staub sei „nicht gesundheitsgefährdend“, da es sich „nur um Graphit“ handle. Sollte die zuständige Strafkammer in Rio jedoch zu dem Schluss kommen, dass ThyssenKrupp wissentlich gegen Umweltvorschriften verstoßen hat, droht dem Werk die Schließung – und den projektverantwortlichen Managern bis zu 19 Jahren Haft.

Die Anwohner jedenfalls haben die Geduld verloren. „Entweder schließt das Umweltministerium die Anlage oder es muss wegen ungesetzlichen Handelns selbst geschlossen werden“, erbot sich Rodolfo Lobato, Anwohner des Stahlwerks. Hintergrund ist, dass das Umweltamt von Rio alle bisherigen Genehmigungen für das Stahlwerk erteilt hat – dies, obwohl Anklagen der Staatsanwaltschaft anhängig waren, und es Anwohner und Fischern in den letzten Monaten gelungen war, die Skandalschmelze in die großen Tageszeitungen und Abendnachrichten zu bringen. Dieser Erfolg scheint auch die Politiker unruhig zu machen. „Umweltminister Carlos Minc und Bürgermeister Eduardo Paes scheinen endlich in der Realität angekommen zu sein“, kommentierte der Fischer Isac Alves, dessen Fänge seit Beginn der Bauarbeiten des Stahlwerks um bis zu 80 Prozent zurückgegangen sind. Der Umweltminister von Rio, Carlos Minc, hatte Mitte Mai erstmals von „krassen Fehlern“ in Planung, Betrieb und Durchführung seitens ThyssenKrupp gesprochen. Minc verlangte, dass der Konzern binnen Monatsfrist mit dem Bau der Einhausungsanlagen für die Notgruben für den Stahl zu beginnen habe, um ein weiteres Austreten von Staub zu verhindern.

TKCSA müsse brasilianische Gesetze erfüllen – oder es werde geschlossen. „Das Stahlwerk hat keine definitive Betriebsgenehmigung“, so Minc. „Falls unseren Auflagen nicht entsprochen wird, wird es den Betrieb einstellen“, bekämpfte Minc gegenüber der Zeitung *Estado de São Paulo*.

Hatten sich die Konzernverantwortlichen in Essen stets selbstsicher gezeigt, bröckelt nun auch diese zur Schau gestellte Selbstgewissheit: Der neue Konzernchef von ThyssenKrupp, Heinrich Hiesinger, räumte Mitte Mai 2011 gegenüber der *Financial Times Deutschland* ein, dass bis zur Erteilung der endgültigen Betriebslizenz „noch ein bis eineinhalb Jahre vergehen“ könnten. Die seit Jahren gegen das Stahlwerk kämpfenden Umweltgruppen wissen, was diese Aussage bedeutet: „ThyssenKrupp und die Politiker hier in Rio spielen auf Zeit. In anderthalb Jahren sind hier die Wahlen, davor wird kein Politiker sich gerne öffentlich für eine Drecksindustrie, die das Leben der Anwohner und Fischer ruiniert, aussprechen. Und dann Ende 2012, wenn die Wahlen gelaufen sind, dann erteilen sie flugs die Genehmigung“, erklärt Sandra Quintela vom Instituto PACS aus Rio de Janeiro das Taktieren von Politik und Konzern. „Aber das werden wir nicht zulassen“, bekräftigt Quintela selbstsicher.

Es scheint, dass für ThyssenKrupp die Luft in Rio dünner wird. Regelrecht zahm klingen die neuesten Verlautbarungen aus der Presseabteilung der Stahlschmelze in Santa Cruz. Entschuldigungen an die lokale Bevölkerung „für das Ungemach“, den die Staubbelastung nach sich ziehe, sowie Beteuerungen, dass ThyssenKrupp in Rio de Janeiro die weltweit modernste Technik anwende.

Die Anwohner glauben dem Konzern kein Wort mehr. Sie wollen die komplette Schließung der Anlage. „Unsere Sorge ist, dass die für den kommenden Monat angesetzte Entscheidung über die Erteilung der definitiven Betriebsgenehmigung ein soziales und ökologisches Verbrechen zur Folge haben wird, indem das Leben von 6.000 Familien in Gefahr gebracht wird“, so die Anwohner in einem Offenen Brief.

Dies sehen die vom Stahlwerk betroffenen 8.000 Fischerfamilien ebenso. Was die Fischer wollen, ist, wieder in Ruhe arbeiten können und den Lebensunterhalt ihrer Familien sichern. Doch solange dieses Stahlwerk dort sei, ginge das nicht. So klagen sie zunächst auf Entschädigung. Die in sieben Zivilklagen zusammengeschlossenen 5.763 Fischer fordern laut Auskunft des im Januar aus dem Amt geschiedenen Vorstandsvorsitzenden der ThyssenKrupp AG, Ekkehard Schulz: „280 Millionen Euro“. Schulz selbst erklärte alle Beschwerden der Fischer für unerheblich. Die Klagen seien „unberechtigt, unbegründet und deswegen auch unerheblich für unsere Bilanz“. Der Konzern habe dafür keine Rückstellungen vorgenommen, so Schulz auf der Aktionärsversammlung in Bochum im Januar 2011.

Doch die Fischer und Anwohner geben nicht auf. „Wir haben nichts zu verlieren“, so der Fischer Isac. „Sie haben unsere Fischgründe zerstört, nun wollen sie unsere Gesundheit, die Zukunft unserer Kinder zerstören“. Als sie vor Jahren ihren Kampf gegen das Stahlwerk begannen, waren sie wenige, ausschließlich Fischer, da diese als erstes von dem Monsterprojekt betroffen waren. Doch dann kamen die Mitarbeiter des Instituts PACS dazu, unterstützten die Fischer in ihrem Kampf um sauberes Wasser und Luft. Über PACS kam auch der Kontakt nach Deutschland zustande – zum Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre in Köln. Und aus dieser Zusammenarbeit erwuchs die Einladung der brasilianischen Fischer und Mitarbeiter der Umweltgruppen nach Deutschland, um in Bochum auf der Jahreshauptversammlung von ThyssenKrupp den Stahlwerkkonflikt bekannt zu machen und zu protestieren.

Nach diesem Öffentlichkeitserfolg in Deutschland wurde das Thema dann auch in Brasilien bekannter. Es kamen weitere Umweltgruppen und Wissenschaftler hinzu, die auf die Fülle an Unregelmäßigkeiten bei den Betriebsgenehmigungen hinwiesen, Unregelmäßigkeiten, die auch die Staatsanwaltschaft auf den Plan rief und zu den Ermittlungen gegen den Konzern führten, so erzählt der Fischer Isac. Und dann kamen die Anwohner, die unter der Staubbelastung litten, und nun würden bei jedem Stadtteiltreffen mehr und mehr Leute kommen, um sich zu informieren,

nachzufragen und um sich zu engagieren. „Warum haben die Deutschen das hier gebaut?“, fragt Isac. „Weil sie in Deutschland zu hohe Umweltauflagen haben, und diese dort nicht nur auf dem Papier existieren – sondern eingehalten werden“, so Isac. „Und hier in Brasilien, da haben wir tolle Gesetze – aber eben meist nur auf dem Papier. Aber wir machen weiter“, bekräftigt der Fischer, „dieses Werk muss stillgelegt werden!“

Und dann fängt er doch an, etwas verschmitzt zu grinsen. Denn wer hätte das alles gedacht, damals, vor Jahren, als sie nur einfache Fischer waren, Fischer, die niemand wahrnahm, wer hätte gedacht, dass dieser Kampf der Kleinfischer um sauberes Wasser und saubere Luft, um das Recht der Fischer, täglich der Arbeit des Fischens ungehindert nachgehen zu können, wer hätte gedacht, dass dieser Kampf der Fischer von der Bucht von Sepetiba dieses Potential entwickeln würde, den Industriegiganten aus Deutschland derart ins Wanken zu bringen, dass dem Sechs-Milliarden-Stahlwerk eventuell die Schließung droht? „Unter-schätze niemals einen Fischer“, murmelt Isac vor sich hin – und lässt seinen Blick aufs Wasser gleiten. Und ein Lächeln deutet sich auf seinem Gesicht an.

*Christian Russau ist Journalist und freier Mitarbeiter beim Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika.*

# PRÄGENDE PERSONEN

## Henry Mathews – Ein mutiges Herz hört auf zu schlagen

Nachruf von Axel Köhler-Schnura  
(August 2006)



Henry Mathews

Am 30. Juli starb Henry Mathews überraschend am zweiten Tag seines Urlaubs in Schweden. Gerade 40 Jahre jung wurde ein mutiger Kämpfer für eine gerechtere Welt und gegen Profitdiktatur mitten aus dem Leben gerissen. Die Trauer um diesen Verlust ist groß. Henry Mathews wirkte in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, auf nationaler und internationaler Ebene. Insbesondere verbindet sich sein Name mit dem Dachverband der Kritischen AktionärInnen. Zurück lässt er seine fassungslosen Freundinnen und Freunde, seine Angehörigen und seine Liebsten, vor allem seine Lebensgefährtin, seine Tochter und seine Eltern.

Es war 1986, da setzte Henry Mathews zusammen mit Helmut Paschla und mir seine Unterschrift unter das Gründungsprotokoll eines Vereins, der die Aktionärshauptversammlungen in Deutschland verändern sollte: Im Naturfreundehaus Solingen wurde der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre aus der Taufe gehoben.

Gesellschaftspolitisch interessiert richtete der Landschaftsgärtner Henry Mathews bereits während seiner Ausbildung zunehmend sein Augenmerk auf die üblen Praktiken des Schering-Konzerns. In diesem Kontext lernte er die BUKO-Pharmakampagne und die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) kennen. Nach dem Modell des Netzwerkes der CBG hob er das SCHERING-Aktionsnetzwerk (SCHAN), einen internationalen Verbund zur kritischen Begleitung des Berliner PharmaMultis, aus der Taufe.

Mit 20 Jahren am Scheideweg, seine Karriere als Landschaftsgärtner weiter zu verfolgen oder aus der konzernkritischen Berufung einen Beruf zu machen, nahm er das Angebot an, Geschäftsführer der CBG zu werden. Parallel dazu entwickelte er eine umfangreiche journalistische Tätigkeit. Als Anfang der 90er Jahre klar wurde, dass der

Dachverband der Kritischen AktionärInnen auf rein ehrenamtlicher Basis nicht mehr zu führen ist, nahm Henry Mathews die Herausforderung eines Geschäftsführerpostens bei den Kritischen AktionärInnen an. Seit 1993 ist die Entwicklung des Dachverbandes von einem kleinen Verein engagierter KonzernkritikerInnen hin zu einer starken Vertretung Tausender AktionärInnen untrennbar mit seinem Namen verbunden.

Doch es blieb nie bei der Beschränkung auf die Verwaltung und Vertretung von Aktionärsrechten. Wo immer Menschenrechte, Demokratie, Ökologie und soziale Rechte in Gefahr waren, engagierte sich Henry Mathews. Besonders verbindet sich mit seinem Namen auch der Kampf gegen Nazis und Faschismus. Als Mitbegründer der Kampagne "Nie wieder!" setzte er alles daran, das faschistische Kapitel in Form der IG FARBEN endlich zu beenden und das Restvermögen dieses Mordkonzerns den Opfern und Hinterbliebenen zugänglich zu machen.

Henry Mathews war tatkräftig. Seine Träume einer besseren, gerechteren Welt gab er zu keiner Zeit auf, sondern verfolgte sie aktiv, konsequent und ideenreich. Er erkannte das Profitprinzip als zentrales Hemmnis und setzte den Hebel dort an. Von Jahr zu Jahr wurde er auf einer stetig wachsenden Zahl von Aktionärs-Hauptversammlungen zum Ankläger der Konzernvorstände. Er war Kommunist, zeitweilig organisiert in der PDS/Linkspartei, verpflichtet den Unterdrückten und Ausgebeuteten. Auch wenn der Dachverband der Kritischen AktionärInnen sein Hauptwirkungsfeld war, so hinterließ er Spuren in zahlreichen anderen gesellschaftlichen Feldern, sowohl national als auch international.

Henry Mathews war mutig. Furchtlos trat er den Mächtigen entgegen. Auf den Hauptversammlungen der Konzerne und Banken sagte er den Vorständen, die die Fäden der Welt in der Hand hal-

ten, ohne Zögern ins Gesicht, was er von ihnen hielt. Auf Pressekonferenzen, Demonstrationen, Foren und Podien unterschiedlichster Art trat er dem Unrecht des Kapitalismus entgegen. Auch die Anwesenheit Tausender durchaus nicht immer wohl gesonnener ZuhörerInnen auf den Aktionärsversammlungen machte ihn nicht im Geringsten bange.

Henry Mathews war sensibel. Freundschaften rangierten an erster Stelle. Geprägt von tiefer Ehrlichkeit eckte er oft an, was er aber niemals scheute. Er war sehr unglücklich darüber, dass er viele Beziehungen nicht so pflegen und entwickeln konnte, wie sie es verdienten und er sich das wünschte. Darunter insbesondere das Verhältnis zu seiner geliebten Tochter.

Henry Mathews war ein Grenzgänger. Er vermochte es, Menschen unterschiedlichster Auffassungen und gesellschaftlicher Herkunft zusammenzubringen. Er sah stets zuerst das Menschli-

che und erst in zweiter Linie politische und andere Haltungen. Er hörte zu und folgte den Argumenten ohne ideologische Verbrämung. Zugleich war er streitbar, scheute keinen Konflikt und vermochte es so, gedankliche Ghettos zu überwinden und gegensätzliche Meinungen in die Diskussion zu bringen.

Am 30. Juli 2006 war Henry Mathews zusammen mit seiner Lebensgefährtin soeben in Nordschweden angekommen und hatte das gemeinsame Gepäck in einem Kanu verstaut. Vor ihm lag die in der Sonne glänzende Fläche eines Binnensees. Sieben Tage wollten die beiden gemeinsam die Wildnis erkunden, paddeln bis zu einem geeigneten Liegeplatz, sich für die Nacht einrichten und am nächsten Tag zu neuen Zielen aufbrechen. Doch bereits am zweiten Tag war das Abenteuer zu Ende. Henry Mathews erlitt einen Herzstillstand und stürzte ins Wasser. Ein mutiges Kämpferherz hatte aufgehört zu schlagen. Wir trauern.

## **Eduard Bernhard – sein Motto: „The fight must go on“ von Dorothea Kerschgens**



Eduard Bernhard

Mir war es nie vergönnt gewesen, Eduard Bernhard auf einer Hauptversammlung zu erleben. Aber ich höre noch heute seine Stimme, die er auf zahlreichen Anti-Atomdemonstrationen in Biblis, in Hanau ertönen ließ, ebenso bei der Anhörung zu Biblis C. 1990 hatten wir gemeinsam mit anderen Mitgliedern des BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland) und des BBU (Bundverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) eine 14-tägige ökologische Reise in die Ukraine unternommen. Dabei besuchten wir auch ein evakuiertes Dorf in der Region um Tschernobyl und den Kongress der Liquidatoren in Kiew. Diese tief bewegende und informative Erfahrung nutzte Eduard bei künftigen Gelegenheiten, um seine Gegner zu fragen, ob sie die verheerenden Folgen von Atomkraft wie er auch gesehen hätten.

Daher ahne ich, wie er auf Hauptversammlungen einerseits den Konzernchefs einheizte und sie mit Fragen traktierte und andererseits die HV als Gelegenheit zur Infoveranstaltung für die Aktionäre nutzte. Als energiepolitischer Sprecher des BBU

hatte Eduard über die Jahre wie kaum ein anderer, Detailkenntnisse gesammelt und wusste, diese einzusetzen. Seine Grundlage war das tägliche Studium mehrerer Zeitungen, von Expertisen, Anhörungen, Bundes- und Landtagsdebatten. Und so setzte er unzählige Briefe auf, hielt Reden und sprach ein Machtwort auf den Hauptversammlungen.

Zum Beispiel griff er den Siemens-Vorstand im Jahr 2003 wegen geplanter Exporte von Atomtechnologie an. Die ursprünglich in Hanau erstellte Anlage zur Herstellung der umstrittenen plutoniumhaltigen MOX-Brennelemente hatte nie eine unbefristete Betriebsgenehmigung erhalten. „Eine in Deutschland nicht genehmigungsfähige Anlage ins Ausland zu exportieren sei inakzeptabel“, stellte Eduard fest. „Die humanitäre Verantwortung verlangt den Verzicht auf den Hanau-Export nach China“ insistierte der BBU-Sprecher. Er warnte aber auch vor dem bereits beschlossenen Bau eines neuen Atomkraftwerks in Finnland und vor der beabsichtigten Errichtung eines neuen Reaktors in Frankreich.

Seine Fachkenntnis in Atomfragen setzte Eduard auch bei den Stromriesen RWE, EON und EnBW ein. Dort stellte er dann auch Anträge auf Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat wegen „gravierender Fehlentscheidungen“ und „mangelnder Information“.

Überrascht war ich jedoch, als ich las, dass Eduard bei der Deutschen Bank auch die Pressefreiheit anmahnte, bei RWE die Asbestvergiftung kritisierte und bei MG Technologies die Rüstungsproduktion einer Tochterfirma anprangerte.

Als sein Gesundheitszustand ihm nicht mehr erlaubte, selbst zu einer Hauptversammlung zu gehen, gab er seinem „Nachfolger“ bei der Siemens-Hauptversammlung Karl Kerschgens auf den Weg, was ihm noch am Herzen lag.

Die taz schrieb nach seinem Tod: „Ein klassischer Schreibtischfunktionär aber war Bernhard nie. Bei Demonstrationen war er immer in der ersten Reihe zu finden, bei unzähligen Kundgebungen oft der leidenschaftlichste und sachkundigste Redner. Auf ungezählten Hauptversammlungen von Großkonzernen verschaffte sich der kritische Aktionär Eduard Bernhard mit Sachverstand und rhetorischem Geschick Respekt bei Vorstandssprechern und Aufsichtsräten. Ob bei Siemens, RWE oder früher noch Hoechst: kaum eine Hauptversammlung ohne „Eddy“, wie ihn seine Freunde nannten. Und ehe nicht alle seine oft bohrenden Fragen beantwortet waren, entließ er keinen Konzernchef vom Podium“.

# PERSPEKTIVEN

## „...für ein kritisches Aktionariat“

von Antje Schneeweiß



Es gibt viele Möglichkeiten Geld sozial und ökologisch verantwortlich anzulegen. Das kritische Aktionärstum stellt eine der Möglichkeiten dar, die in den letzten Jahren zunehmend Beachtung fand. Wie ist diese Entwicklung einzuordnen?

Es gibt zwei Urformen der ethischen Geldanlage. In England verständigten sich die Methodisten und die Quäker schon sehr früh darauf, dass sie ihre Rücklagen nicht in Unternehmen investieren, die ihren religiösen Überzeugungen widersprechen. Sie kaufen deshalb bis heute keine Aktien von Herstellern alkoholischer Getränke oder Rüstungsproduzenten. Für Quäker sind zudem Staatsanleihen tabu, weil Staaten mit diesem Geld in der Regel auch ihre Armee finanzieren.

Die zweite, auf dem europäischen Festland entwickelte Form nachhaltiger Geldanlagen verfolgt das Ziel, Geldkreisläufe jenseits der konventionellen Geldströme zu entwickeln und so einen in Teilen abgegrenzten Teil der Wirtschaft mit Geld zu versorgen. Diesen Ansatz verfolgten die Anfang des letzten Jahrhunderts in Deutschland gegründeten Kirchenbanken und die Alternativbanken, wie die GLS und Triodos Bank.

Das kritische Aktionärstum entwickelte sich aus der englischen „Sünden-Aktien“-Bewegung heraus. Die Wende von einer Anlagepolitik des reinen Gewissens zu einer politisch motivierten Anlagepolitik vollzog sich während der Bürgerrechtsbewegung in den fünfziger Jahren in den USA. In dieser Zeit bemerkten private und institutionelle Anleger auch jenseits des christlichen Spektrums, dass sie Druck auf Unternehmen ausüben können, indem sie ihnen damit drohen, ihre Aktien zu verkaufen. Unternehmen, von denen bekannt war, dass sie schwarze Mitarbeiter diskriminierten, standen damit vor der Alternative, Anleger zu verlieren und damit sinkende Aktienkurse hinzunehmen, oder die Diskriminierung zu beenden.

Sehr erfolgreich wurde dieses Mittel in den siebziger und achtziger Jahren gegen Unternehmen angewandt, die im Südafrika der Apartheid tätig waren und von der Unterdrückung der Schwarzen profitierten. Die Vorstände einiger großer US-Unternehmen gaben im Nachhinein zu, dass es dieser Druck der Aktionäre war, der sie dazu veranlasste, das Land zu verlassen.

Auf diesem Hintergrund entstanden auch die kritischen Aktionäre, die vergleichbar mit der Bürgerrechtsbewegung und der Anti-Apartheidsbewegung das kritische Aktionärstum als einen Teil einer politischen Bewegung für ein sozialverantwortliches und umweltschonendes Wirtschaften verstanden.

Seitdem hat sich im Bereich der nachhaltigen Geldanlagen viel verändert. In Europa wird in Ländern wie Großbritannien und Frankreich zwischen 10 und 20% der Gelder auf die eine oder andere Weise nachhaltig angelegt. Viele dieser oft großen institutionellen Investoren wie Hermes, der Pensionsfonds der British Telecom betreiben auch aktives Aktionärstum und waren ein hilfreicher Partner im Protest gegen das Vorhaben des RWE, ein Atomkraftwerk in einem Erdbebengebiet in Bulgarien zu bauen.

Auch deutsche Investoren und hier besonders die evangelischen Kirchen denken ernsthaft über die Möglichkeiten eines solchen Engagements nach oder praktizieren es bereits.

Das aktive Aktionärstum ist damit auf dem Vormarsch und wir werden in den nächsten Jahren beobachten können, wie weit es dazu beitragen kann, ökologische und soziale Grundsätze in Unternehmen zu verankern.

*Antje Schneeweiß ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich sozialverantwortliche Geldanlagen des SÜDWIND Instituts für Ökonomie und Ökumene.*

## „...für mehr Nachhaltigkeit in den Aktiengesellschaften“ von Volkmar Lübke



In seiner eindrucksvollen Analyse „The Corporation“ (Bakan, Joel: *The Corporation. The Pathological Pursuit of Profit and Power*. London 2004) beschreibt der kanadische Autor Joel Bakan den Prozess, der über mehrere Jahrhunderte zum Ergebnis hatte, dass Großunternehmen zu einem weltweit bestimmenden gesellschaftlichen Machtfaktor wurden: Bereits im 16. Jahrhundert führten die notwendigen Investitionskosten für Großprojekte (z.B. der Kolonialhandel, der Betrieb von Minen oder die Wasserversorgung, später der Eisenbahnbau) zur Entwicklung des Konzeptes der Aktiengesellschaft. Mit der Ausgabe von Anteilsscheinen konnte das Kapital – und damit die ökonomische Kraft – einer praktisch unbegrenzten Zahl von Menschen kombiniert werden, um wirtschaftliche Projekte und Ziele in einer Größenordnung zu verfolgen, die bis dahin nicht vorstellbar waren.

Diese geballte ökonomische Macht verstand es schnell, auch politische und rechtliche Strukturen durchzusetzen, die ihren eigenen Interessen förderlich waren. Staat und Gesetzgeber überschlugen sich im 19. Jahrhundert fast in dem Bemühen, rechtliche Restriktionen für Unternehmen abzubauen, da sie an der Ansiedlung von Großunternehmen allein wegen der zu erwartenden Steuereinnahmen ein großes Interesse hatten. Dies begann mit der Einführung von Haftungsbeschränkungen (sprich: Schaffung einer Chance auf unbegrenzten Gewinn, aber Reduzierung des Verlustrisikos auf die Höhe der eigenen Einlage) und fand einen Höhepunkt in der Wandlung des wirtschaftlichen Konstrukts „Unternehmen“ in eine „juristische Person“, die immer mehr Persönlichkeitsrechte in Anspruch nehmen konnte, die bis dahin nur „natürlichen Personen“ (also Menschen) zugestanden hatten. So z.B. auch beim Datenschutz, der über die Jahre als Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“ der Bürger konkrete Gestalt angenommen hat. Bis in die Gegenwart leiden wir darunter, dass auch Unternehmen sehr weit gehende Möglichkeiten haben, Informationen durch die Deklaration zum „Geschäftsgeheimnis“ der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Im Konfliktfalle bedeutet dies konkret, dass z.B. die Möglichkeit von Menschenrechtsverletzungen gegenüber möglichen Wettbewerbsnachteilen von Unterneh-

men als nachrangig betrachtet wird. In vielen aktuellen Fassungen der sog. „Informationsfreiheits-, Umwelt- oder Verbraucherinformationsgesetze“ in Deutschland ist zu diesem Thema nicht einmal eine Abwägung zwischen gesellschaftlichen und einzelwirtschaftlichen Interessen vorgesehen.

Im Laufe der Geschichte nahm die ökonomische und politische Macht von Großunternehmen stetig zu. Im Jahre 1997 fanden sich unter den 100 größten Budgets der Welt nur noch 34 Staatshaushalte, die restlichen 66 Plätze wurden bereits von milliardenstarken transnationalen Konzernen eingenommen. Vor allem für Staaten der sog. „Dritten Welt“ sind damit mögliche Abhängigkeiten verbunden, die beispielsweise ein verfassungsgemäßes Handeln im Rahmen staatlicher Wirtschaftsaufsicht enorm erschweren oder gar unmöglich machen können.

Angesichts dieser Strukturen gehört schon ein gehöriges Maß an Naivität (oder politischer Manipulationsabsicht) dazu, zu argumentieren, die Übernahme von mehr gesellschaftlicher Verantwortung und klareren Nachhaltigkeitszielen in Unternehmen könnte generell auf dem Weg der Freiwilligkeit erfolgen. Der oben genannte Autor Joel Bakan weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der primäre Zweck von Aktiengesellschaften entsprechend ihrer rechtlichen Konstruktion allein der pflegliche Umgang und die Mehrung des Kapitals ihrer Anleger ist. Wenn deutsche Energiekonzerne angesichts des energiepolitischen doppelten Saltos der schwarz-gelben Bundesregierung darauf hinweisen, dass Sie durch das Aktienrecht geradezu dazu gezwungen sind, Klage zu erheben, um wirtschaftlichen Schaden von ihren Aktionären abzuwenden, ist das nur ein aktueller Beleg für diesen Zusammenhang. Bakan bezeichnet die Aktiengesellschaft deshalb auch plakativ als prinzipiell „organisierte Unverantwortlichkeit“. Oder in den Worten des Wirtschaftsprofessors Aneel Karnani (Karnani, Aneel: *Can companies do well by doing good? Yes—sometimes*. In: Wall Street Journal, 23.08.2010) von der Universität Michigan, der sich ebenfalls mit dem „Mythos“ der freiwilligen Übernahme von Verantwortung durch so genannte CSR (Corporate Social Responsibility) auseinandersetzt:

*“Very simply, in cases where private profits and public interests are aligned, the idea of corporate social responsibility is irrelevant: Companies that simply do everything they can to boost profits will end up increasing social welfare. In circumstances in which profits and social welfare are in direct opposition, an appeal to corporate social responsibility will almost always be ineffective, because executives are unlikely to act voluntarily in the public interest and against shareholder interests.*

*Irrelevant or ineffective, take your pick. But it's worse than that. The danger is that a focus on social responsibility will delay or discourage more-effective measures to enhance social welfare in those cases where profits and the public good are at odds. As society looks to companies to address these problems, the real solutions may be ignored.”*

Was sind aber diese „wirklichen Lösungen“, um die wir uns bemühen sollten? Hier geht es vor allem um die Elemente einer „countervailing power“, die eine gesellschaftliche Kontrolle von Unternehmensverhalten in demokratisch entwickelten Gesellschaft erst möglich machen: eine staatliche Regulierung, die die Einhaltung sozialer und

ökologischer Mindeststandards gesetzlich vorschreibt, eine Wirtschaftsaufsicht, die die Einhaltung dieser Standards effektiv überprüft und Verstöße konsequent sanktioniert, frei gewählte Belegschaftsvertretungen, die sich vor Ort für die Interessenvertretung von Mitarbeitern einsetzen können, eine kritische (Medien-)Öffentlichkeit, die den Schleier von Geheimhaltung und Vertuschung zu durchdringen in der Lage ist und – last but not least – eine unabhängige Justiz, die dem Recht im Konfliktfalle zur tatsächlichen Geltung verhilft.

All diese Ziele müssen den Aktiengesellschaften als Wirtschaftsunternehmen nach wie vor von außen – und üblicherweise mit Druck – „nahegebracht“ werden. Für diesen gesellschaftlichen Druck stehen seit vielen Jahren auch die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, mit denen wir im Rahmen des CorA-Netzwerkes sehr gern zusammenarbeiten und denen wir für die kommenden Jahre weiterhin eine erfolgreiche politische Arbeit wünschen!

*Volkmar Lübke ist Koordinator beim CoRA-Netzwerk.*

## **Herausforderungen an die Zivilgesellschaft – Aufgaben für Kritische Aktionäre**

von Bernd Moritz



Im Gefolge der US-amerikanischen Immobilienkrise verfallen in Milwaukee ganze Stadtviertel und alle, die am Aufblähen der Blase kräftig verdient haben, entziehen sich jeglicher Verantwortung. So auch die Deutsche Bank, der die Bürgerrechtsorganisation Common Ground in Kooperation mit dem Dachverband zwei Hauptversammlungsbesuche abstattet und Erfolge erzielt, die kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Hersteller von Streumunition erhalten von der Deutschen Bank immer Kredite. Und so bringen Kritische Aktionäre von urgewald Ackermann in Erklärungsnot.

Konzerne streben nach der Deutungshoheit über den Begriff „unternehmerische Verantwortung“. Gemeinsam mit CORA hält der Dachverband dagegen: Stop Greenwashing.

Diese Beispiele zeigen, wie Kritische Aktionäre in Kooperation mit starken Bewegungen etwas bewirken. Sie zeigen aber auch auf, wo sie sich in Zukunft weiterentwickeln werden:

- Den Kern der Finanzkrise haben wir nicht wirklich getroffen: Die Verfügungsmacht über Geldvermögen liegt in den Händen von Akteuren, die damit nichts Vernünftiges anfangen können. Es landete zunächst als Kredit bei Menschen, die ihn nie zurückzahlen können; das hundertprozentige Ausfallrisiko lag zum Schluss geschickt verpackt etwa bei den deutschen Landesbanken.
- Ackermann konnte sich – Streumunition betreffend – leicht nachdenklich zeigen, das Geschäft ist für die Deutsche Bank verzichtbar. Unverzichtbar ist das Investmentbanking, dessen Existenzberichtigung wir nicht hinterfragt haben und dessen Auswirkungen gerade

in armen Regionen, in denen Streumunitio eingesetzt werden kann, Konflikte verschärfen.

- Die Konzerne verstehen sich als „Unternehmensbürger“, so heißt es in verschiedenen CSR-Berichten. Gelingt es uns – über Stop Greenwashing hinaus – transparent zu machen, welcher unverhohlene, letztlich unlegitimierte Machtanspruch dahinter steht?

Gelegenheiten zu zeigen, dass wir noch besser werden, kommen in immer schnellerer Folge. Aktuell kommen die Vorlagen aus der Finanzbranche. Was man hier lernen kann, ist aber übertragbar auf andere Bereiche: Wir werden uns auch mit der weltweiten Schuldenkrise auseinandersetzen müssen.

Die globalen Krisen werden ohne entscheidungsfähige Staaten und Staatengemeinschaften nicht zu bewältigen sein. Entwicklung braucht ebenso Entschuldung wie die zwingenden Anforderungen der Energiewende oder die Schaffung eines handlungsfähigen Europas. In der politischen Klasse gelten Aussagen, die auch nur in die Nähe dieser Forderung kommen, als unzulässig, da sie die Finanzmärkte beunruhigen könnten. Machen wir uns wirklich bewusst, wie allmählich jeglicher demokratische Anspruch damit ausgehöhlt wird?

Gelingt es uns, klar zu machen, wer hinter diesen Finanzmärkten steht, ihre Schneeballsysteme als solche zu demaskieren und aufzuzeigen, wie am dicken Ende Staaten und damit ihre Bürger zu stehen kommen?

Können wir aufzeigen, wer davon profitiert (die Aktionäre der Deutschen Bank waren es nicht, wie die Kursentwicklung zeigt!) und wer fürstlich bezahlter Handlanger ist?

Das Geschäftsmodell hinter unserer Wirtschaftsweise funktioniert nicht. Dies wird immer offensichtlicher. Diejenigen, die diesem Modell ihre Verfügungsmacht verdanken, werden nicht mehr so weitermachen können wie bisher; die gegenwärtig die Finanzwelt zahlenmäßig dominierenden Nullsummenspiele produzieren keinen Mehrwert. Es ist entscheidend, dass diejenigen, die sich bisher unter dieser Verfügungsmacht eingerichtet haben und vielleicht glaubten, es gäbe keine Alternative, nun deutlich machen, dass auch sie so nicht mehr weitermachen wollen und Perspektiven entwickeln wie ein funktionierendes Gesellschaftsmodell aussehen soll. Gelingt es Kritischen Aktionären, diese Perspektive auf Forderungen nach dem notwendigen Umbau ihrer jeweiligen Zielunternehmen herunterzubrechen, können sie einen Betrag zur anstehenden Umkehr und Umgestaltung leisten.

*Bernd Moritz ist Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.*

## Impressum

Herausgeber: Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre  
Geschäftsführer Markus Dufner  
Pellenzstraße 39  
50823 Köln

Postfach 30 03 07  
50733 Köln

Redaktion:  
Antje Kleine-Wiskott  
Jennifer Stötzel  
Markus Dufner

Bilder:  
Dachverband der Kritischen Aktionäre  
Privat

dachverband@kritischeaktionaeere.de  
www.kritischeaktionaeere.de

Köln, im September 2011

# Gründungsdokument des Dachverbands

- 4 -

Die Gründungsversammlung fand am 23. Februar 1986 in Solingen statt in Anwesenheit von:

1. Reiner Albrecht 1) Reiner Albrecht, Auf dem Scheuel 9,  
5204 Lohmar 1  
(Aktionär bei BAYER, VW, Horten, Thyssen, Veba)
2. J. I. - 2) Axel Köhler-Schnura, Jägerstraße 78  
4000 Düsseldorf  
(Aktionär bei BAYER)
3. Raimund Conrad 3) Raimund Conrad, Burgunderstr. 20  
5000 Köln 1 (Aktionär bei RWE)
4. Wolfram Esche 4) Wolfram Esche, Schillstr. 9  
5000 Köln 60 (Aktionär bei BAYER)
5. H. Paschla 5) Helmut Paschlau, Siegesstr. 9  
8000 München 40 (Aktionär der Dresdner Bank)
6. Heide Hartmann 6) Heide Hartmann, Friedländerweg 59  
3400 Göttingen (Aktionärin bei BAYER)
7. Ruth-Brigitte Wenthur 7) Ruth-Brigitte Wenthur, Reichsstr. 46  
1000 Berlin 19 (Bürgerinitiative Energieplan-  
nung und Umweltschutz)
8. Georg Herter 8) Georg Herter, Hansaring 62,  
5000 Köln 1
9. Renate Schnitzer ~~9) Renate Schnitzer, Luitpoldstr. 14  
1000 Berlin 30~~
10. Heinrich Pacht ~~10) Heinrich Pacht, Mauenheimerstr. 5  
5000 Köln 60~~
11. Burkhard Rüter ~~11) Burkhard Rüter, Am Frache 21  
4600 Dortmund 50~~
12. Rüdiger Gotzes 12) Internationale Koordinationsstelle Aktiv  
gegen BAYER-Umweltgefährdung e.V.,  
Jägerstraße 78, 4000 Düsseldorf <sup>750 Solingen</sup>  
vertreten durch die Vorstandsmitglieder  
Rüdiger Gotzes, Kölner Str. 330, 4040 Neuss  
Christiane Schnura, Jägerstr. 78, 4000 D'dorf

## Eintragungsbescheinigung

Der Verein ist unter 43 VR 9529 in das Vereinsregister  
eingetragen.

Köln, den 06. März 1987  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts  
Urkundebeamter der Geschäftsstelle

